Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspr. in Breslau 1⅔ Thlr., Wochen-Abonnem. 5 Sgr., außerhalb pro Quartal incl. Porto 2¼ Thlr. — Insertionsgebühr für den Raum einer sechstheiligen Zeile in Petitschrift 2 Sgr., Reclame 5 Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 594. Mittag-Ausgabe. Fünfundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. Sonnabend, den 19. December 1874.

Deutschland.

O. C. Reichstags-Verhandlungen.

35. Sitzung des Reichstages. (18. December.)

11 Uhr. Am Tische des Bundesrathes Delbrück, v. Mittnacht, Geheimer Rath Michaelis, Generalmajor v. Voigts-Rhetz u. A.

Der Reichstag wird vor dem Fest alle spruchreifen Vorlagen, vor Allem den Reichshaushaltsetat für 1875 definitiv erledigen, so daß für seine weitere Thätigkeit nach den Ferien fast nur noch das Bankgesetz und die Gesetzentwürfe, betreffend die Civilehe, die Verwaltung der Ausgaben und Einnahmen des Reiches, den Rechnungshof und die Naturalleistungen für die bewaffnete Macht im Frieden übrig bleiben. Heute und morgen wird daher mit den zahlreichen Nummern der Tagesordnung ziemlich rasch aufgeräumt werden.

So wurden heute zunächst der Additional-Artikel zu dem Postvertrage mit Belgien und der Gesetzentwurf, betreffend die Zwischencommission zur Berathung der Justizgesetze in dritter Berathung ohne Discussion genehmigt und die Vorlage, betreffend die Entschädigung für die Einquartierung für die bewaffnete Macht während des Friedenszustandes vom 25. Juni 1868 im Königreich Baiern an die Commission verwiesen, welche sich bereits mit dem Gesetz über die Naturalleistungen im Frieden beschäftigt.

Alsdann trat das Haus in die dritte Berathung des Reichshaushalts-Etats für 1875 ein, der im Wesentlichen auf eine rasche Verlesung der einzelnen Positionen herauslief. Nur bei dem Etat des Auswärtigen Amtes führte Abg. Windthorst seinen schon bei der zweiten Etatsberathung angekündigten Angriff gegen den Reichskanzler und seine Politik aus, indem er die 48,000 Mark für geheime Ausgaben des Auswärtigen Amtes (Tit. 21) zu verweigern beantragte.

Abg. Windthorst: Ich will mich gegen die geheimen Fonds erklären, die in dem Kapitel „Auswärtiges Amt" enthalten sind. Wenn die Gerüchte, welche über eine ausgebrochene Reichskanzlerkrisis umherschwirren, begründet wären, würde es allerdings nicht opportun sein, über diese Frage zu sprechen. Man würde dann zunächst die Lösung der Krisis abzuwarten haben. Da bis jetzt aber eine Bestätigung officieller Natur nicht vorliegt und nach meinem Dafürhalten es sich überhaupt nur um einen Sturm im Glase Wasser handelt, so kann ich keinen Anlaß finden, zu schweigen. Die geheimen Fonds haben anderswo die Gelegenheit gewährt, eine Generalrevue über die durch diese Fonds gegründeten und unterhaltenen Organe zu halten. Die Handhabung und Wirkung dieser officiösen Organe ist nachgerade eine solche geworden, daß kein Vertreter, der es mit dem Wohle des Landes aufrichtig meint, die Mittel dafür bewilligen kann. Sie haben in einem der neueren Actenstücke den Ausdruck gelesen, daß die öffentliche Meinung in Generalpacht genommen worden sei, und diese Ansicht halte ich für richtig. Die Aeußerungen der englischen Presse über unsere Preßzustände lassen so recht deutlich erkennen, wie weit unsere Presse hinter der englischen in Rücksicht auf ihre freie Bewegung zurücksteht. Die polizeiliche Beaufsichtigung, die kriminelle Verfolgung der Presse zum Nachtheile der nicht in der Regierung stehenden Parteien steht bei uns in voller Blüthe. Die Blätter der Regierung und derer, die ihr folgen, sind allerdings frei von jeder Verfolgung. Der ganze Apparat der Polizei und der Staatsanwaltschaft steht der Regierung allein zu Gebote, und in welcher nicht zu rechtfertigenden Weise sie ihn anwendet, das ist hier neuerdings hervorgehoben worden, als ein Abgeordneter auf die ganz kolossale Anzahl von Strafverfolgungs-Anträgen wegen Beleidigung des Reichskanzlers hinwies. Man muß in der That annehmen, daß eine besondere Arbeitskraft im Bureau des Reichskanzlers thätig ist, die ihre Verzweigungen über ganz Deutschland hat, allein zu dem Zwecke, um derartige Fälle aufzusuchen und behufs Verfolgung zur Anzeige zu bringen.

Bei der ungeheuern Geschäftslast des Reichskanzlers ist es wenigstens eine positive, physische Unmöglichkeit, daß er selbst im Stande sein sollte, alle diese einzelnen Fälle aus allen Winkeln des Reiches aufzuspüren und zur Verfolgung zu bringen. Es ist dies ein Umstand, der vielleicht bei den eingeleiteten Strafprocessen in Beziehung auf die thatsächlich vorliegende Beantragung besonders berücksichtigt werden könnte. Der gegnerischen Presse, der gegnerischen Partei stehen natürlich derartige Mittel nicht zu Gebote. Sie müssen sich in einzelnen Fällen an die Staatsanwaltschaft wenden, und was von der zu erwarten ist, kann sich ein Jeder selbst sagen. Nun aber ergeht sich die gesammte officiöse Presse in so maßlosen Angriffen, Verdächtigungen und Schimpfereien, daß man wirklich zweifeln muß, ob in den Regierungskreisen ein genügendes Quantum ihrer gesetzlich vorgeschriebenen Regierungsthätigkeit stattfindet: denn ich kann mir von einer Regierung nicht denken, daß sie sie duldet, wenn sie von solchen Vorfällen Kunde hat. Ich mache besonders aufmerksam auf eine Reihe von Artikeln, welche die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" resp. die „Provinzialcorrespondenz" gebracht hat. Ich kann dies um so unbefangener thun, als alle diejenigen Artikel, welche gegen mich persönlich gerichtet sind, mich gar nicht berühren; ich könnte dieselben sogar als sehr willkommene Reclame ansehen. Aber ich allein bin nicht in Frage, es sind in Frage ganze Kategorien von Staatsbürgern, viele Millionen, und eine Regierung ist doch dazu da, um über allen Parteien zu stehen, gegen alle justitia distributiva zu üben und es nicht zuzulassen, daß eine oder mehrere Parteien in so schamloser Weise von den eigenen Organen der Regierung angegriffen werden, wie es durch diese officiösen Blätter geschieht. Aber auch die auswärtige Presse wird in dieses System mit hineingezogen. Verhandlungen, die in den letzten Tagen in Berlin stattgefunden haben, zeigen, wie üppig dies officiöse Preßwesen an auswärtigen Stellen wuchert. Ich meine deshalb, daß dies Netz nicht noch weiter ausgedehnt werden darf, und daß wir die Kosten der Corrumpirung der öffentlichen Meinung in Deutschland und überhaupt unsererseits nicht tragen dürfen.

Es scheint so weit gekommen zu sein, daß in Europa kaum mehr ein Organ gefunden werden kann, welches den Muth hat, diejenigen Publicationen aufzunehmen, welche in Bezug auf eine objective Kritik der Regierung nothwendig wären. Es ist nöthig, daß man den atlantischen Ocean überschreitet, um die nöthige Objectivität zu finden; aber auch dort wird das nicht mehr lange so bleiben; denn ich bin überzeugt, daß der Gesandte in Washington eben solche Aufträge in Bezug auf die Beeinflussung der Presse des Landes haben wird, wie sie der Botschafter in Paris hatte und daß er sie unzweifelhaft auch ausführen wird. In Deutschland besteht hier in Berlin ein Preßbureau in zwei Abtheilungen, die eine beim Ministerium des Innern, die andere beim auswärtigen Amte. Es wird dies in der Regel geläugnet, es kann indeß ein derartiges Abläugnen nur darauf basirt werden, daß die Wohnungen des einen oder des anderen Bureaus verwechselt werden; die Sache ist aber unzweifelhaft. Früher bekämpften sich diese beiden Preßreptilienbureaus gegenseitig, in neuerer Zeit gehen sie aber brüderlich vereint. Die Filialen dieser Reptilienbureaus in Deutschland will ich heute nicht näher erörtern; ich beziehe mich in dieser Hinsicht auf die Verhandlungen im preußischen Abgeordnetenhause, die eine große Publication in Deutschland gewonnen haben und auf die so interessanten und dankenswerthen Mittheilungen des Abgeordneten Richter. Ich weise aber auch auf eine neuerlich erschienene Schrift, die den Titel führt: „Die deutschen Zeitungen und die Entstehung der öffentlichen Meinung, ein Culturbild der Gegenwart" von Professor Heinrich Wuttke in Leipzig. Ich empfehle den Herren ganz besonders das Capitel 14 dieser Schrift und ich kann auf die in diesem gewissenhaften Werke gegebenen Enthüllungen nicht genug aufmerksam machen.

Diese heut herrschenden officiösen Preßzustände führen nicht nur zu einer vollständigen Generalpacht der öffentlichen Meinung, sondern es wird durch sie die Stimme der öffentlichen Meinung geradezu systematisch vergiftet. Ist dem aber so, so können wir unmöglich der Regierung Mittel bewilligen, welche den ausgesprochenen Zweck haben, diese Zustände zu schaffen und zu unterhalten. Diese Mittel sind enorm groß. Man hat das Vermögen zweier entthronter Fürsten mit Beschlag belegt, und obwohl in dem desfallsigen Gesetz nur gestattet worden ist, aus diesem Vermögen nur solche Ausgaben zu machen, welche zur Abwehr etwaiger Intriguen dieser Fürsten dienen, hat man keinen Anstand genommen, ungeheure Summen daraus für die geheimen Preßzwecke der Regierung in Deutschland und im Auslande zu verwenden. Das ist gegen die Gesetze, aber es ist so, und ich frage Sie, meine Herren, wenn diese enormen Summen vorhanden sind, warum wir hier noch aus Reichsmitteln diese Zwecke unterstützen sollen? Viele auswärtige Bekannte und Politiker haben mich nach diesem sogenannten Reptilienfonds gefragt, und es waren ihnen diese in der That unerhörten Zustände und dies Verfahren so merkwürdig, daß es außerordentliche Mühe kostete — ihnen die Sachlage nur klar zu machen. Aber die Sachlage ist so, und sie ist allerdings ein ganz specifisch preußisches Gewächs. Hier ist freilich der Ort nicht, wo man diese Fonds beseitigen kann; aber es ist gut, daß man darüber hier spricht, damit es an dem Orte, wo man dieser Sache näher treten kann, gehört werde. Vielleicht dient es dazu, dort die Thätigkeit zu entwickeln, welche erforderlich ist, wenn wir ernstlich gesonnen sind, an die Beseitigung dieser unerhörten Zustände Hand anzulegen. Das sind in Kürze die Momente, welche mich bestimmen, gegen diese geheimen Fonds zu stimmen und zu beantragen, dieselben im Etat abzusetzen. Ich könnte diese Momente noch sehr viel weiter ausführen, thue es aber nicht, weil man dringend wünscht, den Etat zu Ende zu bringen und ich gern dazu beitragen möchte, daß er bei Tage zu Ende gebracht wird, denn des Abends ist die Sache doch mißlich, wie die Erfahrung gelehrt hat.

Abg. v. Bennigsen: Meiner Auffassung nach hätte der Herr Vorredner nicht blos aus dem Grunde, daß man jetzt wünscht, die Berathung des Etats rasch zu Ende zu führen, sondern auch aus anderen Gründen, diese Angriffe gegen den Dispositionsfonds des auswärtigen Ministeriums unterlassen sollen. (Sehr richtig!) Er wird ja vielfach und namentlich von seinen politischen Freunden, als Muster eines politischen Taktikers hingestellt: ich kann aber nicht finden, daß für eine solche Anerkennung die soeben gehörte Rede einen neuen Beleg biete. Ich will zunächst gar nicht davon sprechen, daß der Herr Vorredner selbst zweimal dem Ministerium eines Königreichs angehört hat und daß er deshalb, und weil er bis heute auf den Namen eines conservativen Politikers noch nicht verzichtet hat, wissen sollte, daß ein solcher Dispositionsfonds für ein auswärtiges Amt von keiner Regierung entbehrt werden kann. (Sehr richtig!) und daß deshalb auch Männer, welche auf den Namen conservativer Politiker und ich möchte fast sagen überhaupt von Politikern nicht verzichten wollen, auch wenn sie sich in der Opposition befinden, derartige Fonds und Ausgaben, die für jede Verwaltung, welcher politischen Richtung sie auch huldigen möge, nothwendig sind, nicht anfechten sollten. Der Herr Vorredner hat dann andere Gegenstände in diese Discussion gezogen, die meiner Meinung nach zu diesem Fonds des auswärtigen Amtes wenig oder gar nicht gehören: den Preßfonds, die Preßthätigkeit des Ministeriums des Innern, das Sequester über die Verwaltung des Königs von Hannover, den Reptilienfonds und andere Dinge. Auf diese Sachen einzugehen habe ich gar kein Bedürfniß und es hat mir mehr den Eindruck einer Verlegenheit gemacht, wenn der Herr Vorredner anstatt diesen Fonds und die politische Thätigkeit, zu deren Unterstützung er dienen soll und muß, direct anzugreifen, sich auf derartige entlegene Felder begeben hat.

Wenn nun der Herr Vorredner den Antrag gestellt hat, diesen Fonds abzusetzen in der dritten Lesung, so bietet er damit, und das ist eben kein Beweis großer politischer Klugheit (Heiterkeit), der Mehrheit dieses Hauses eine sehr erwünschte Gelegenheit, dadurch, daß sie trotz aller solcher Angriffe diesen Fonds bewilligt, der jetzigen deutschen Politik und ihrem Leiter ein ausdrückliches Vertrauensvotum zu geben. (Lebhafter Beifall rechts und links.) Der Herr Vorredner hat sich gemüßigt gesehen, Vorwürfe gegen den Leiter der jetzigen Politik auch daher zu nehmen, daß wegen der Angriffe, die vorzugsweise von seiner Partei ausgehen, wiederholt Preß- und Strafprozesse von dem Kanzler angestrengt oder in seinem Auftrage bei den Gerichten geführt worden sind. Der Herr Vorredner scheint darin wieder eine ganz besondere persönliche Gereiztheit des Leiters unserer Politik zu finden. Ich bitte aber den Herrn zu berücksichtigen — und das wird auch wohl die Auffassung der Mehrheit dieses Hauses und auch der großen Mehrheit der Nation sein — daß wenn der Leiter unserer Politik, in einer solchen Weise täglich und erbittert angegriffen, vorzugsweise von Freunden des Vorredners und in Preßorganen seiner Partei, sich dagegen vertheidigen läßt und wenn er dagegen auch die Gerichte anruft, diese Vertheidigung nicht allein seiner angegriffenen Person gilt, daß er gerade in der Stelle dasteht, wo er als Leiter der deutschen Politik die Gründung des deutschen Reiches, die Aufrechthaltung der jetzigen deutschen Politik und die Befestigung dieser deutschen Zustände zu vertreten hat, wo die Angriffe also weniger gegen seine Person, als gegen die Institution des deutschen Reiches und die deutsche nationale Politik gerichtet sind (Beifall rechts und links, Widerspruch im Centrum), und daß, wenn er diese Angriffe zurückweist und, soweit sie strafbar sind, sie den Gerichten überweist, dies auch mit zur Aufrechterhaltung der deutschen Institutionen geschieht, gegen welche die Herren noch so erbittert, aber immer erfolglos kämpfen werden. (Lebhafter Beifall rechts und links, Oho! im Centrum).

Ich habe mich dann weiter gewundert, daß man es gerade in diesen Tagen, nachdem Publikationen, amtliche Aktenstücke incidenter vorgelegt sind, in einem bekannten Processe unternommen hat von Neuem die Politik des Reichskanzlers zu bekämpfen und dieser Bekämpfung einen solchen drastischen Ausdruck zu geben in dem Antrage auf Absetzung dieses Fonds. M. H., wir kennen ja Alle die erbitterten und ich möchte fast sagen nach und nach immer verzweifelter werdenden Anstrengungen der Partei des Herrn Vorredners und seiner Organe (Widerspruch im Centrum) gegen die deutsche Politik, wir wissen vor allen Dingen, wie es versucht worden ist und noch täglich versucht wird in den Blättern, die zurückzuweisen von Ihrer Partei der Herr Vorredner und seine Freunde vergeblich versuchen werden, es so darzustellen, als ob es gerade der Reichskanzler gewesen ist, der durch seine revolutionäre und kriegerische Politik Deutschland nie werde zur Ruhe, Europa nie werde zum Frieden kommen lassen. Und was hat Jeder, der diese Dinge verfolgt hat, in der letzten Woche sehen können, nachdem zum ersten Male Geheimnisse der Politik der mitlebenden Welt aufgedeckt sind, und nicht, wie es sonst zu geschehen pflegt, erst den kommenden Generationen in Geschichtswerken? Wir haben aus diesen Schriftstücken erfahren, daß diejenige Politik, welche der Kanzler für Deutschland leitet, weit entfernt davon ist, sich in die innere Gestaltung der politischen Geschicke Frankreichs einzumischen, weit entfernt davon Keime zu neuen Zerwürfnissen und Kriegen zu geben, daß sie vielmehr im eminenten Sinne des Worts eine Politik der Nichteinmischung, des Friedens ist; (Sehr richtig!) ein Eindruck, der in einem hohen Grade imponirend gewirkt hat in Deutschland und außerhalb Deutschlands, auch auf Männer, die bislang mit einer gewissen Besorgniß der Politik des Kanzlers gefolgt sind.

Wenn derselbe Eindruck eben bei dem Herrn Vorredner und seinen Freunden nicht vorhanden ist, so ist der Grund hiervon, daß sie in diesen Dingen auf einem ganz andern Boden stehen, als die Mehrheit unserer Nation und die entscheidende Mehrheit dieses Reichstages. Sie haben die Politik des Kanzlers mißbilligt vom ersten Augenblicke an, sie haben Alles gethan, was in ihren Kräften lag, das Zustandekommen des Norddeutschen Bundes, des deutschen Reiches zu hindern; sie werden auch nicht aufhören, soweit sie glauben, daß ihre Kräfte dazu reichen, diese Politik auch später zu hindern. Aber, meine Herren, gerade diese erbitterten und leidenschaftlichen Angriffe gegen die Person des Reichskanzlers, als den Träger unserer deutschen Politik werden von Tag zu Tag mehr dazu beitragen, diese Politik zu festigen, das Vertrauen der Nation und der Mehrheit dieses Reichstages zu dem Träger dieser Politik zu stärken und gerade dazu dienen, dasjenige nicht zu erreichen, vielmehr zu zerstören, was der Herr Vorredner und seine Freunde wollen. Meine Herren, wenn ich mich so ausspreche, so glaube ich der Zustimmung der großen Mehrheit dieser Versammlung entschieden sicher zu sein. (Vielseitiger Zuruf: Ja wohl!) Dasjenige, was jetzt auch für Nichtkundige aus den Documenten der letzten Tage über die Politik des deutschen Reichskanzlers zur öffentlichen Kenntniß gekommen ist, hat das Ansehen, die Stellung dieses Staatsmannes in hohem Grade erhöhen müssen, Diese Politik ist zugleich weitsehend und fest, würdig und national und sie wird der Zustimmung der Mehrheit dieses Reichstages und der deutschen Nation für alle Zukunft sicher sein. (Stürmischer Beifall rechts und links; Zischen im Centrum).

Abg. v. Kardorff: Ich kann auf das Wort in der Sache selbst verzichten, nachdem der Abg. v. Bennigsen dem Gefühle, welches die Majorität beseelt, einen so beredten Ausdruck gegeben hat. Ich habe nur das Wort ergriffen, um zu beantragen, daß über den Antrag Windthorst auf Absetzung dieser Position namentlich abgestimmt werde. (Zustimmung.)

Die Discussion wurde darauf geschlossen. Persönlich bemerkte noch Abg. Windthorst: Ich erwidere dem Abgeordneten v. Bennigsen, daß ich mich keineswegs irgendwo und irgendwie für einen eminent politischen Mann gehalten habe, wenigstens habe ich niemals einen derartigen Ausdruck gebraucht. Ich habe einfach Thatsachen vorgebracht, und ich begreife sehr wohl, daß der verehrte Herr so eifrig Veranlassung nahm, in der gegenwärtigen Krisis dasjenige zu thun, was er gethan hat.

Der Präsident ersuchte den Redner, sich in den Grenzen einer persönlichen Bemerkung zu halten; die letzte Aeußerung ging entschieden darüber hinaus.

Abg. Windthorst: Es ist eben außerordentlich schwer in diesen Grenzen zu bleiben, wenn man in einem solchen Moment durch den angenommenen Schluß der Debatte vom Worte ausgeschlossen wird. (Präsident: Eine Kritik des Beschlusses des Hauses ist unzulässig). Ich will also nur berichtigen, daß ich in keiner Weise gegen die Person des Reichskanzlers irgend ein Wort gesagt habe. (Widerspruch). Ich habe über seine Handlungsweise gesprochen und das ist ein gewaltiger Unterschied. (Widerspruch). Ja wohl, m. H., die Handlungsweise des Reichskanzlers kann ich kritisiren, ohne seiner Person in irgend welcher Weise nahe zu treten. Das erstere habe ich gethan und ich habe die Gründe angeführt, weshalb ich es gethan und ich würde diese Gründe, wenn ich jetzt zum Worte gekommen wäre, dem Hause des Weiteren haben klar legen können.

In namentlicher Abstimmung wurde darauf der Titel 21 (geheime Ausgaben des auswärtigen Amtes 48 000 M.) mit 199 gegen 71 Stimmen bewilligt. Gegen die Bewilligung stimmten das Centrum, die Posen, Abg. Sonnemann unb die Socialisten. Der Abg. Liebknecht antwortet zuerst mit dem Ruf: Kein Reptilienfonds! und erst als der Schriftführer seine Frage wiederholt, mit Nein. Die gesammte Fortschrittspartei stimmte für die Bewilligung und betheiligte sich ausnahmslos an einem Votum, das als ein dem Reichskanzler und seiner Politik ausdrücklich ertheiltes Vertrauensvotum zu betrachten ist. Die Verkündigung des Resultates wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Bei der dritten Berathung des Militäretats wurde die in der zweiten beschlossene Resolution: „Den Reichskanzler zu ersuchen, bei Ausarbeitung des nächsten Budgets in Erwägung zu ziehen, ob nicht die Ausgaben für das sächsische Armeecorps künftig mit den Ausgaben für die preußischen Armeecorps zusammenzufassen, dagegen diejenigen Ausgaben, welche Einrichtungen und Competenzen betreffen, hinsichtlich deren das sächsische Armeecorps von den preußischen abweicht, zum Gegenstand besonderer Titel zu machen sind" — heute abgelehnt, nachdem die sächsischen Abgeordneten von Nostitz-Wallwitz und Oehmichen sich gegen die Resolution erklärt hatten. Die Fortschritts-Partei und ein großer Theil der Nationalliberalen hielt auch heute an dem früheren Beschluß fest, blieb jedoch in der Minderheit.

Bei dem Marine-Etat wurden auf den Antrag des Abgeordneten Rickert und von St. Paul-Illaire die Rationsgelder für die Matrosen-Offiziere auf 6237 Mark statt der in zweiter Lesung bewilligten 5634 Mark festgesetzt.

Bei Gelegenheit der Annahme des Titel 28 des Marineetats; deutsche Seewarte wurde zugleich das Gesetz über die deutsche Seewarte in dritter Lesung definitiv genehmigt.

Zum Etat des Reichseisenbahnamtes bemerkte der Abg. Träger, daß seine Information über die Mitglieder des Verwaltungsrathes der Thüringischen Eisenbahn nicht ganz genau gewesen sei; nicht ein Mitglied des Kreisgerichts zu Eisenach, sondern des Stadtgerichts ist Mitglied des betreffenden Verwaltungsrathes.

Nach Erledigung des gesammten Ordinariums kamen die einmaligen Ausgaben an die Reihe. Bei den für den Kasernenbau verlangten außerordentlichen Mitteln machte Abgeordneter v. Schulte darauf aufmerksam, daß es nothwendig sein werde, in nächster Zukunft eine Abtheilung Infanterie nach Bonn zu verlegen und für diesen Zweck eine Kaserne zu bauen, Bonn ist die einzige Universitätsstadt, in der keine Infanterie, sondern nur Kavallerie, das bekannte Husaren-Regiment, liegt; es sind aber nicht alle Studirenden in der Lage, ihr Jahr bei der Cavallerie abzudienen und für viele entsteht dadurch eine große Verlegenheit. General-Major v. Voigts-Rhetz nahm diesen Wunsch mit großer Bereitwilligkeit ad referendum und sagte seine Erfüllung zu, wenn der Reichstag die Mittel dazu gewähre.

Bei dem Zuschuß des Reiches für die St. Gotthard-Bahn machte Abg. Dr. Löwe auf eine Thatsache aufmerksam, die er zur Zeit der zweiten Berathung noch nicht hatte constatiren können. In den fünfziger Jahren suspendirte die Schweizer Bundesregierung den Zoll für Eisenbahnmaterialien und verlängerte diese Suspension im Jahre 1864 auf 10 Jahre. Man schloß daraus, daß diese Suspension eine dauernde werden würde. Jetzt ist die Suspension ohne Kündigung nicht erneuert worden und somit wird plötzlich ein nicht unbeträchtlicher Zoll erhoben. Hat das Reichskanzleramt Kenntniß von diesem Umstande, und welche Schritte gedenkt es dagegen zu thun?

Präsident Delbrück: Es ist nicht zu leugnen, daß durch die Aufhebung der Zollfreiheit für Eisenbahnmaterial der Bau der Gotthardbahn erheblich vertheuert wird. Aber die Summen, mit denen das Reich den Bau subventionirt, sind festgestellt und können weder vermehrt noch vermindert werden, interessirt ist bei der Frage nur die Gesellschaft, welche den Bau ausführt. Diese hat sich noch nicht an das Reich gewendet und ohne Noth sich in die Zollfrage zu mischen, war keine Veranlassung.

Zum Capitel 2 der Einnahmen: Wechselstempelsteuer referirte Abgeordneter Rickert über mehrere Petitionen von Handelskammern, die eine Reform der Wechselstempelsteuer beantragen. Es wird in denselben eine andere Berechnung des Stempels vorgeschlagen, die aber einen bedeutenden Ausfall ergeben würde, z. B. in der untersten Stufe bis 100 Mark circa 20 pCt. der bisherigen Einnahmen. — Redner empfahl den Antrag der Commission: „Mit Rücksicht auf die Seitens des Präsidenten des Reichskanzleramtes in der Sitzung vom 7. December 1874 abgegebene Erklärung: daß die betreffende Petition „an den Bundesrath gebracht ist und der Erwägung unterliegen wird", über die Petitionen zur Tagesordnung überzugehen, welchem Antrage das Haus auch beitrat.

Zum Capitel 4: Telegraphenverwaltung, referirte Abgeordneter Stephani über eine Reihe von Petitionen von Telegraphenbeamten um Erhöhung ihres Gehalts. Das Haus nahm den Antrag der Budgetcommission an: I. Diese Petitionen, insoweit sie 1) das Verlangen, die Tantieme der Telegraphenbeamten als pensionsfähigen Theil des Einkommens der gedachten Beamten und 2) insoweit sie die Regelung der Rangverhältnisse der Obertelegraphisten und Telegraphisten betreffen, dem Reichskanzler zur Erwägung zu überweisen; II. insoweit sie die Berücksichtigung der Altpensionäre betrifft, durch die Erhöhung der betreffenden Dispositionsfonds im Etat für 1875 für erledigt zu erklären; III. im Uebrigen über die bezeichneten Petitionen zur Tagesordnung überzugehen."

Im Uebrigen genehmigte das Haus die Positionen des Etats ohne jede Debatte nach den Beschlüssen der zweiten Berathung.

Ohne Discussion wurde auch die Marine-Anleihe und schließlich das Etatsgesetz selbst genehmigt, welches die Einnahmen auf 515,018,563 Mark, die fortdauernden Ausgaben auf 393,516,251 Mark, die einmaligen Ausgaben auf 121,502,312 Mark feststellt. Gegen dasselbe stimmten nur einige Mitglieder des Centrums, z. B. Reichensperger (Crefeld), die Polen und der Abg. Sonnemann. Die Socialdemokraten und Elsaß-Lothringer waren zur Zeit der Abstimmung nicht anwesend.

Hierauf wurde die zweite Berathung des Haushaltsetats für Elsaß-Lothringen fortgesetzt, der die elsässischen Abgeordneten heute, wie gestern, nicht beiwohnten.

Zum Etat der Verwaltung des Innern hat die Commission folgende Resolution beantragt: „Den Reichskanzler zu ersuchen, in Erwägung zu ziehen, ob durch Vereinfachung der bestehenden Verwaltungs-Organisation die Kosten der inneren Verwaltung abgemindert, sowie ob die bisherige Communal-Verwaltung der Bezirke der Central-Verwaltung, beziehungsweise den Kreisen übertragen werden kann."

Referent Miquel hielt drei Bezirksregierungen für ein Land von 1½ Millionen Einwohnern für einen zu großen Verwaltungsapparat, und später

werde man durch Erweiterung der Selbstverwaltung die Bezirksregierungen ganz aufheben können. Nachdem Geheimrath **Herzog** sich mit der Tendenz der Resolution einverstanden erklärt, wurde dieselbe mit großer Majorität angenommen.

Dasselbe war der Fall mit folgenden Resolutionen zu Tit. 23 (öffentliche Armenpflege) und Tit. 4 des Extraordinariums:

1) Den Reichskanzler aufzufordern, darauf Bedacht zu nehmen, daß die Inspection der öffentlichen Wohlthätigkeitsanstalten den Kreisdirectoren übertragen werde und die dafür jetzt bestehenden besonderen Beamten in Wegfall kommen. 2) denselben aufzufordern, die Frage einer nochmaligen eingehenden Prüfung zu unterziehen, ob nicht die projectirte Erziehungs- und Besserungsanstalt bei Hagenau in erheblich kleinerem Umfange hergestellt werden kann, als bisher vorgesehen ist.

Beim Etat der **Verwaltung der geistlichen Angelegenheiten** wies Abg. **v. Schulte** ziffermäßig nach, daß die Reichsregierung die Gehälter der Religionsdiener der verschiedenen Confession um durchschnittlich 33⅓ % erhöht habe. Im Ganzen sei das Budget für den katholischen Cultus gegen die Zeit der französischen Verwaltung um 738,160 Frcs., dasjenige für die protestantische Kirche nm 27,069 Frcs. und das des israelitischen Cultus um 49,970 Frcs. erhöht worden. Unter diesen Umständen rechtfertige sich aber andererseits die Aufhebung der sogenannten Succursalpfarreien und ihre Ersetzung durch definitiv zu besetzende Pfarrstellen. Redner empfahl daher die Annahme der von ihm der Commission unterbreiteten Resolution, in welcher der Reichstag ersucht wird, dahin zu wirken, daß die Succursalpfarreien zu definitiv zu besetzenden erhoben werden. Geheimrath **Herzog** sagte der Erwägung des Vorschlages zu. auch Abg. **Reichensperger** (Crefeld) war mit dem Zweck des Antrages einverstanden und knüpfte an seine Annahme nur den Wunsch, daß dem wahren Wesen der katholischen Kirche dieselbe Rücksicht gewidmet werden möge, wie in diesem Falle der materiellen Stellung ihrer Diener. Aber zwei Parteigenossen, Prinz **Radziwill** und **Windthorst**, wiesen die dargebotene Wohlthat zurück, der erstere ganz und gar, um nicht durch ihre Annahme die Reichslande in die preußische Maigesetzgebung zu verwickeln; der letzlere nur in dem Fall, daß im Einvernehmen mit den Bischöfen der Reichslande vorgegangen werde. — Das Haus trat der Resolution mit großer Mehrheit bei.

Der Etat der **Verwaltung des Unterrichts** gewährt als Zuschuß für die Universität Straßburg 813,334 Mark. Referent **Miquel** erinnerte, daß der auf Elsaß-Lothringen entfallende Betrag an Reichskassenscheinen zu außerordentlichen Ausgaben für die Universität, und zwar bis zum Betrage von 150,000 Mark für ihre Bibliothek zur Verwendung kommen solle. Die Commission habe es indessen aus naheliegenden Billigkeitsrücksichten für angezeigt erachtet, einen dauernden Zuschuß aus Reichsmitteln für die Universität zu gewähren. Wenn dieselbe auch eine Landes-Hochschule sein und bleiben solle, so sei doch das Interesse des Reiches bei der Erhaltung derselben weit mehr engagirt, wie bei anderen kleineren Universitäten deutscher Staaten. Deutschland habe die Reichslande zunächst im Interesse seiner eigenen Sicherheit erworben, aber immer doch mit der Verpflichtung die Verwaltung derselben mit den Reichsinteressen in Einklang zu setzen. Und diese letzteren wiesen darauf hin, daß das Reich sich seinen Einfluß auf die Universität wahren, und es wahrt ihn am sichersten, wenn es zu ihren Ausgaben beitrage. Die Commission habe sich daher über folgende Resolution geeinigt: „Den Reichskanzler zu ersuchen, in Erwägung zu ziehen, ob zu den Kosten der Universität zu Straßburg, insbesondere zu den außerordentlichen Ausgaben für dieselbe ein Zuschuß aus Reichsmitteln gewährt werden könne."

Abg. **Dunker** bedauert zunächst, daß es noch nicht gelungen sei, die Professur für vergleichende Sprachwissenschaft an der Straßburger Universität nach dem Abgange von Max Müller und Aufrecht wieder zu besetzen. Dagegen ist er gegen die Verwendung des auf Elsaß-Lothringen entfallenden Betrages von Schatzscheinen ausschließlich für Zwecke der Hochschule. Der Aufwand, welcher dadurch dem Reichslande erwachse, betrage 3 pCt. der gesammten Ausgaben des Landes, während der in Preußen für die Universitäten geleistete Zuschuß bis 1868 nur ½ Procent und seitdem $^{7}/_{10}$ pCt. der Landesausgaben betrage. Abg. **Westermayer** (Centrum) erklärte sich gegen einen von Reichswegen zu leistenden Zuschuß, weil er der gestern von Treitschke empfohlenen Art der Verbreitung deutscher Bildung keinen Geschmack abgewinnen könne. Nachdem noch Abg. **v. Schulte** die Resolution empfohlen, wurde dieselbe genehmigt und die Sitzung hierauf um 4½ Uhr bis Abends 7½ Uhr vertagt, wo die dritte Lesung des Banknotengesetzes und die Fortsetzung der Berathung des Etats von Elsaß-Lothringen stattfinden wird.

Schließlich sei noch erwähnt, daß Fürst **Bismarck** der zweiten Hälfte der Sitzung beiwohnte.

Berlin, 18. December. [**Amtliches.**] Se. Majestät der König hat dem Geheimen Sanitätsrath Dr. **von Pastau** zu Breslau den Rothen Adler-Orden dritter Klasse; dem Kreis-Gerichts-Rath **Schulenburg** zu Graudenz und dem Rendanten der Königlichen Theaterkasse zu Hannover **Franz Seegers** den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; den Steuer-Aufsehern **Bartsch** zu Neisse und **Voelks** zu Lüben das Allgemeine Ehrenzeichen; sowie dem Steuermann **Wilhelm Drews** zu Wieck im Kreise Greifswald die Rettungs-Medaille am Bande verliehen.

Dem Herrn **Louis Jourdain** ist Namens des Deutschen Reichs das Exequatur als königlich belgischer Consul in Bochum ertheilt worden. Den Kaufleuten **Arnold Schück** in Stolpmünde und **Franz Porsch** in Pillau ist Namens des Deutschen Reiches das Exequatur als schwedisch-norwegische Vice-Consuln ertheilt worden.

Seine Majestät der König hat dem Staatsarchivar Dr. **Friedrich Adolf Meckelburg** zu Königsberg i. Pr. den Charakter als Archiv-Rath verliehen.

Der Privatdocent Dr. Friedrich Wilhelm Arthur **von Hippel** in Königsberg i. Pr. ist zum außerordentlichen Professor in der medicinischen Facultät der Universität daselbst ernannt worden. Dem Progymnasiallehrer Heinrich **van Bebber** in Andernach ist das Prädicat „Oberlehrer" beigelegt worden. An der Realschule in Görlitz ist die Beförderung des ordentlichen Lehrers Dr. **E. Sternberg** zum Oberlehrer genehmigt worden. An der höheren Bürgerschule in Naumburg a. S. ist die Beförderung des ordentlichen Lehrers Oswald **Collmann** zum Oberlehrer genehmigt worden.

Dem Kaufmann Wilhelm **Schöneweiß** in Radevormwald und dem Maschinenbauer Eduard **Schöneweiß** in Barmen ist unter dem 16. Decbr. 1874 ein Patent auf ein Schaltwerk an Sägestanzmaschinen auf 3 Jahre ertheilt worden. — Dem M. F. **Girardon** zu Paris ist unter dem 16. December 1874 ein Patent auf ein automatisches Telegraphen-System auf drei Jahre ertheilt worden.

Zu Kreisrichtern sind ernannt: der Gerichtsassessor **Ascher** bei dem Kreisgericht in Züllichau, der Gerichtsassessor **Hinze** bei dem Kreisgericht in Pr. Stargardt, und der Gerichtsassessor **Specht** bei dem Kreisgericht in Ostrowo.

Berlin, 18. December. [**Se. Majestät der Kaiser und König**] empfingen gestern vor Tische den Reichskanzler Fürsten von Bismarck und hierauf Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit den Kronprinzen.

Heute empfingen Se. Majestät Se. Königliche Hoheit den Prinzen Albrecht, bei Höchstdessen Rückkehr aus Rußland, nahmen im Beisein des Gouverneurs und Commandanten militärische Meldungen und hierauf den Vortrag des Polizei-Präsidenten entgegen. Um 1 Uhr hielten Se. Majestät einen Minister-Conseil ab und hörten vor Tische den Vortrag des Ministers des Königlichen Hauses, Freiherrn von Schleinitz.

Heute findet im Königlichen Palais ein größeres Diner statt, zu welchem die Botschafter von Oesterreich-Ungarn, von Frankreich und von der Türkei, mit ihren Gemahlinnen geladen sind.

[**Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz**] nahm gestern Vormittags die Meldungen des Commandanten von Frankfurt a. M. General-Majors v. Krossigk und des Commandeurs der 2. Garde-Infanterie-Brigade Oberst von Boehu entgegen und ertheilte darauf dem Königlich baierischen General-Major und Militär-Bevollmächtigten Fries Audienz. Nachmittags 5 Uhr folgte Se. Kaiserliche Hoheit einer Einladung zum Diner bei dem Reichskanzler Fürsten von Bismarck.

[**Zu dem gestrigen Diner**] bei dem Reichskanzler Fürsten von Bismarck, welches Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz mit Höchstseiner Gegenwart beehrte, hatten Reichstags-Abgeordnete der conservativen und nationalliberalen, der deutschen Reichs- und der Fortschrittspartei Einladungen erhalten. Im Gefolge Sr. Kaiserlichen und Königlichen Hoheit des Kronprinzen befanden sich der Hofmarschall Graf zu Eulenburg und der persönliche Adjutant Oberst Mischke. (Reichsanz.)

= **Berlin,** 18. Decbr. [**Ueber den Verlauf der Ministerkrisis**] ist der Telegraph den gegenwärtigen Mittheilungen vorausgeeilt. Das Verbleiben des Reichskanzlers ist gesichert, ein heute abgehaltener Ministerrath und eine darauf folgende Conseil-Sitzung unter dem Vorsitz des Kaisers hat die Differenzen endgiltig ausgeglichen. Auch von dem Rücktritt des Justizministers ist **zur Zeit** nicht mehr die Rede. Der Reichskanzler erschien nach beendetem Conseil im Reichstage und wohnte zwei Stunden hindurch der Sitzung bei. Das ihm durch Bennigsens eindrucksvolle Rede ertheilte Vertrauensvotum war ihm von befreundeter Seite gemeldet worden.

△ **Berlin,** 18. Decbr. [**Die Krisis.**] Gestern früh hatte man in liberalen Abgeordnetenkreisen der Nachricht, Fürst Bismarck habe wegen Annahme des Antrages Hoverbeck seinen Abschied gefordert, noch keinen rechten Glauben schenken wollen. Man überzeugte sich aber, daß die Nachricht nur zu sehr auf Wahrheit beruhe. Auch unter der großen Zahl von Abgeordneten, die gestern in Folge einer schon früher empfangenen Einladung bei ihm zu Tisch waren und worunter sich zwar neben Mitgliedern anderer Parteien keine Mitglieder der Fortschrittsfraction, wohl aber ausgetretene Mitglieder der Partei, wie Löwe und Berger, befanden, sollten einige sein, zu denen sich der Reichskanzler offen ausgesprochen hätte, daß er ohne feste Majorität nicht länger sein Amt weiterführen möge. Heute Vormittag war die Krisis noch immer nicht vorbei. Zu 11 Uhr war Ministerrath angesetzt. Im Reichstage wußte man auch, daß die Auflösung des Reichstags in Frage gekommen sei. Dennoch kann man sagen, daß an eine Krisis, die entweder den Reichskanzler in den Ruhestand oder das Volk wieder zur Wahlurne führen müsse, ernstlich nur wenige der optimistischesten Clericalen und die pessemistischesten rechtflügeligen Nationalliberalen glaubten; allenfalls am Wechsel im preußischen Justizministerium wurde eher geglaubt, da die Justizpartei, doch einmal die Schuld an dem ganzen Zwischenfall trug. Heute macht nun Windthorst in unübertrefflicher Ungeschicklichkeit es möglich daß im Reichstage eine Demonstration zu Stande kam, die zu einem besonderen Vertrauensvotum wurde. Windthorst griff den Dispositionsfond des Auswärtigen Ministeriums an, ihn mit Reptilienfonds und ähnlichen Fonds auf eine Linie stellend; anscheinend war er nachher höchlich verwundert, unter der nicht „reichsfeindlichen" Opposition keine Unterstützung zu finden. Herr v. Bennigsen benutzte die Gelegenheit zu einer großen Lobrede auf den Leiter der deutschen Politik; mit vollem Recht konnte er sich auf die Zustimmung „der großen Mehrheit des Hauses" zu der Behauptung berufen, daß die veröffentlichten diplomatischen Urkunden im Arnim'schen Prozeß das Ansehen und die Stellung jenes Maunes in hohem Grade erhöht hätten. Ein Schlußantrag, der gegen Centrum und Fortschrittspartei angenommen wurde, verhinderte den Frhrn. v. Hoverbeck, sich Namens der Fortschrittspartei in einer Weise auszusprechen, die vermuthlich auch Herrn von Bennigsen ziemlich befriedigt hätte. Nun erfolgte auf Kardorfs Antrag auf namentliche Abstimmung über den von Windthorst angegriffenen Dispositionsfonds und Bewilligung desselben mit 191 gegen 71 Stimmen. Die Fortschrittspartei votirte einmüthig mit Ja. Dieser Fonds — wohl zu unterscheiden von den geheimen Fonds im preußischen Ministerim des Innern — ist von der Fortschrittspartei jedesmal ohne Ausnahme bewilligt worden. Eine Stunde darauf erschien Bismarck in großer Uniform.

[□] **Berlin,** 18. Decbr. [**Die Reichskanzlerkrisis und ihr Ausgang. — Ausführung der Hoverbeck'schen Resolution. — Letzte Soiré beim Fürsten Bismarck. — Graf Arnim.**] Der heute Mittag abgehaltene Ministerconseil unter dem Vorsitze des Königs beseitigte vollständig die Krisis, welche der Reichstag durch die Wahrung seiner Privilegien in den letzten 48 Stunden hervorrief. Selbstverständlich entziehen sich die Details der Vorgänge im Conseil der Oeffentlichkeit. Aber wir dürfen doch andeuten, daß die Minister Falk und Friedenthal, welche der heutigen Reichstagssitzung beiwohnten, die Ueberbringer des solennen Vertrauensvotums waren, welches das Parlament Herrn Fürsten Bismarck ertheilten. Der heutige Reichstagsbericht wird Ihnen die durchschlagende Rede des Abg. v. Bennigsen und die Ziffern der Abstimmung mittheile. Die Majorität für die Bewilligung des Dispositionsfonds für das Auswärtige Amt war eclatant, weil sich alle reichtsfreundlichen Parteien dabei vereinigten. Die beiden Parteien stimmten, wie früher, für diesen Dispositionsfonds, nicht blos, weil es sich um ein Vertrauensvotum für den Reichskanzler handelte, sondern weil sie stets mit der Bewilligung dieses Fonds ihre Uebereinstimmung mit der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten durch den Fürsten Bismarck zu erkennen gegeben haben. Das Gegentheil constatirte selbstverständlich die Abstimmung der Ultramontanen, Polen, Elsaß-Lothringer und Socialdemokraten. In ihren Reihen wurde bedauert, daß der Abg. Windthorst mit seinem Angriffe gegen die betreffende Etatsposition den nationalen Parteien im Hause eine so bequeme Gelegenheit geboten habe, dem Kanzler rechtzeitig das Vertrauen des Hauses zu votiren. Wir hören indessen, daß Herr Windthorst diesen Vorwurf einiger seiner Freunde nicht acceptirte, daß er vielmehr entschlossen war, Revanche an der Veröffentlichung des „Staatsanzeigers" betreffs der Kullmann-Affaire zu üben, überhaupt jede Gelegenheit ergreifen wollte, um seine persönliche Auffassung der Situation zu manifestiren. Daß der Schaden die Ultramontanen nicht klug. sondern leidenschaftlich macht, ist eine Erfahrung, die wie ein rother Faden durch alle parlamentarischen Verhandlungen der letzten 7 Jahre geht. Die Herren Bernards, v. Ballestrem, Jörg und wie sonst die Fanatiker der Klerikalen heißen, scheuen sich nicht, dunkle Andeutungen über die Gründe fallen zu lassen, welche den Reichskanzler zu seiner nun glücklich beseitigten Demission veranlaßt haben. Man läßt Arnim'sche Documente von einer hohen Dame verwahren, die ihrerseits an der Spitze einer Hofpartei steht, welche große Sympathien für die katholische Sache hat und an dem Sturze des „Reichskanzlers" arbeitet; man läßt zwei preußische Minister (den Grafen Eulenburg und Herrn Leonhardt) in Ungnade fallen, und an ihrer Stelle einen Unterstaats-Secretär aus den Reihen der Frei-Conservativen und einen der Führer der Nationalliberalen treten; man läßt den Reichskanzler zur Auflösung des Reichstages schreiten und freut sich dieser Maßregel, weil sie nur zur Vermehrung der ultramontanen Sitze im deutschen Reichstage und preußischen Abgeordnetenhause führen würde. Diese und ähnliche Gerüchte setzten die Ultramontanen in Umlauf, um den vermeintlichen Spalt zwischen dem Reichskanzler und der Majorität des Hauses zu erweitern. In geschickter Weise wußten sie in ihre Kanäle den eigentlichen Grund der Mißstimmung des Reichskanzlers zu provociren. Sie sagten, daß die Angriffe der Majoritätsredner gegen den Staatsanwalt Tessendorff deshalb den Unmuth des Reichskanzlers hervorriefen, weil dieser Beamte die leitende Hand in den Angelegenheiten Arnim und Majunke war. Die Angriffe gegen Tessendorff seien in dem höchst kritischen Momente erfolgt, wo die Richter ihr Verdict über Arnim sprechen sollten. Mit dieser widersinnigen Verbindung glauben die Schwarzen das Entlassungsgesuch des Fürsten Bismarck zu charakterisiren. Aber wie wir von den Theilnehmern am gestrigen parlamentarischen Diner beim Fürsten Bismarck vernehmen, hat derselbe allen diesen Gerüchten ein entschiedenes Dementi gegeben. Er glaubte tadeln zu müssen, daß der Reichstag sich mit einer gewissen Leidenschaftlichkeit des ursprünglichen Antrages Laskers bemächtigte und daß trotz der resultatlosen Verhandlungen der Geschäftsordnungs-Commission das Haus die Hoverbeck'sche Resolution annahm. Dadurch sei das große Publikum, wenn auch vielleicht nicht die Majorität des Reichstages, beirrt worden, und in solchen Dingen müsse man auch auf die Dummen Rücksicht nehmen. — In Anbetracht der gegenwärtigen Situation wird Seitens der liberalen Parteien der Reichsregierung die Initiative zur Ausführung der Hoverbeck'schen Resolution überlassen, welche bekanntlich verlangt, im Wege der Declaration resp. Abänderung der Verfassung die Möglichkeit auszuschließen, daß ein Mitglied des Reichstages während der Dauer der Reichstagsperiode verhaftet werde. Wie wir vernehmen, werden sich im Laufe der Session die liberalen Fractionen gegenseitig ins Benehmen setzen, um jenen Antrag zu formuliren und einzubringen, falls die Regierung aus anderweitigen Gründen dem Reichstage den Vortritt überläßt. — Die Reichstagsabgeordneten haben specielle Einladungen zur heutigen parlamentarischen Soiree beim Fürsten Bismarck erhalten, weil die früheren Einladungen mit der letzten Soiree abgelaufen sind. Ein guter Theil der Majoritätsmitglieder, welcher sich bereits zur Abreise anschickte, hat diese aufgeschoben, um an der Soiree theilzunehmen; die Gründe dafür liegen selbstverständlich in den jüngsten Vorgängen. — Graf Arnim ist ernstlich erkrankt und die Aerzte verlangen, daß er nicht der morgigen Urtheilsverkündigung beiwohne. Der Graf scheint indessen diesen guten Rath nicht befolgen zu wollen, obwohl von unterrichteter Seite über den Tenor des Verdicts keine Zweifel mehr herrschen.

= [**Der Ministerconseil**] soll das Endresultat gehabt haben, daß ein Gesetz über die Declaration resp. Abänderung des streitigen Artikels 31 der Reichsverfassung unverzüglich im Reichstage eingebracht werden und somit der Resolution Hoverbeck Genüge geschehen wird. Im Reichstage nimmt man an, daß der Justizminister Leonhardt kurz vor Beginn der preußischen Landtagssession seinen Abschied nehmen wird.

[**Zur Demission des Fürsten Bismarck**] schreibt, wie bereits telegraphisch gemeldet, die „Nat.-Z.": „Auf dem gestrigen parlamentarischen Diner bei dem Fürsten Bismarck, welchem auch Se. königliche Hoheit der Kronprinz anwohnte, ist es natürlich zu einem Meinungsaustausch über die umlaufenden Gerüchte von einem Demissionsgesuch des Reichskanzlers gekommen. Es hat sich dabei herausgestellt, daß in der That der Reichskanzler wieder einmal von der Schwierigkeit der Führung der Geschäfte übermannt worden ist und Sr. Majestät dem Kaiser den Wunsch ausgedrückt hat, von denselben entbunden zu werden. Wir haben schon im heutigen Morgenblatt bemerkt, daß solche Erregung des Fürsten Bismarck nicht unnatürlich ist. Ebenso natürlich hat der Kaiser dem Reichskanzler aber sofort erwidert, daß derselbe, im vollen Besitz des kaiserlichen Vertrauens und auch desjenigen der Mehrheit der Volksvertretung, seiner Pflichten, die Regierung des Reiches und Preußens weiter zu leiten, nicht entbunden werden könne, und es steht denn auch bereits vollkommen fest, daß von einem Amtsaustritt des Fürsten Bismarck **nicht mehr die Rede** ist. Se. Königliche Hoheit der Kronprinz, welcher nach dem gestrigen Diner und der Entfernung der Gäste noch eine Zeitlang beim Reichskanzler verweilte, wird wohl das Uebrige zur Beruhigung desselben gethan haben. Als sicher darf übrigens angenommen werden, daß **nicht** lediglich die Behandlung der Angelegenheit Majunke im Reichstage den Anlaß zu der Aufwallung des Fürsten Bismarck gegeben hat, wenn freilich dieselbe dazu beigetragen haben mag, den Becher der Verstimmung überschäumen zu machen."

Die „Nat.-Z." meldet weiter: „Ohne bedauerliche Folgen kann freilich der gestrige Zwischenfall nicht bleiben. Abgesehen davon, daß er eine Gereiztheit in der politischen und parlamentarischen Situation dokumentirt, welche für den ruhigen und gleichmäßigen Gang der Staatsentwickelung allerhand Gefahren und Ueberraschungen besorgen läßt, bedarf die an den Tag getretene Spannung zu ihrer Lösung jedenfalls irgend einer Entscheidung, von der im Augenblicke schwerlich anzunehmen ist, daß sie auf völlig unbefangener Prüfung der Verhältnisse beruhen werde. Das **preußische Staatsministerium** tritt heute Mittag aus Anlaß der neuesten Zwischenfälle bei Seiner Majestät dem Kaiser zu einem **Conseil** zusammen. Es ist sehr wohl möglich, daß der preußische Justizminister Dr. Leonhardt, welchem die Officiösen gestern noch seinen vortrefflichen Gesundheitszustand attestirten, mit seinem Amtsaustritt das Verhalten büßt, welches er dem Falle Majunke gegenüber abseiten der ganzen Sache genommen hat. Um der hervorragenden technischen Qualitäten willen, welche Dr. Leonhardt seinem Berufe entgegengebracht hat, könnten wir sein Ausscheiden nicht ohne Bedauern sehen, zumal ihm auch das Zeugniß nicht wird versagt werden dürfen, daß er die Justizverwaltung von den schlimmen Flecken, welche sein Amtsvorgänger derselben imprägnirt hatte, gereinigt hat. Dr. Leonhardt wird jetzt wohl selbst inne geworden sein, daß es einem Justizminister nicht ansteht, sich der allgemeinen Politik gegenüber derart ins Nichtwissen zu stellen, wie dies die Maxime seines Verhaltens gewesen ist, — wir wollen ganz dahin gestellt sein lassen, aus welchen Gründen. Die heutige rauhe Zeit gestattet am wenigsten einem Staatsminister, ein behagliches Stillleben fern von allem politischen Streit. Als eventueller Nachfolger des Dr. Leonhardt wird der Unterstaats-Secretär Dr. Friedberg genannt."

Kiel, 15. Dec. [**Die Abberufung der bisher in den spanischen Gewässern befindlichen Kriegschiffe**] bestätigt sich nach der „Kiel. Ztg." Während der „Nautilus" sich auf dem Wege nach St. Thomas befindet, lann der „Albatroß" täglich in Kiel erwartet werden. Es wäre ein eigenes Zusammentreffen, wenn der kleine Dampfer gleichzeitig mit Capitän hier eintreffen sollte. Schiff und Capitän verdanken zum guten Theil den spanischen Händeln ihre Berühmtheit, und ihr Eintreffen in Kiel erinnert wieder einmal daran, daß die cosas d'Espana uns ziemlich fern liegen, und daß wir dem Leiter der deutschen Politik Dank schulden für die strenge Aufrechthaltung des Nichtinterventionsprincips.

Kassel, 16. December. [**Die hiesige Regierung**] hat am 3. d. M. ein Rundschreiben an die Landräthe mit Anweisungen, wie das Vereinsgesetz den **Renitenten** gegenüber zu handhaben sei, erlassen. Das Rundschreiben ist folgenden Inhalts:

Es wird zunächst darauf hingewiesen, daß nach Erkenntnissen des Ober-Tribunals, „auch Religionsgesellschaften im Allgemeinen dem Gesetz vom 11. März 1850, über die Verhütung eines Mißbrauchs des Versammlungs- und Vereinigungsrechts, unterworfen sind, wenn sie zugleich die in diesem Gesetz hervorgehobenen Eigenschaften haben." Die Anwendung der für politische Vereine gegebenen Gesetze auf einen bestimmten Verein hängt nur von der factischen Feststellung der im Gesetze für solche gegebenen Merkmale und nicht davon ab, ob der Verein die Eigenschaft einer Religionsgesellschaft habe oder nicht. Religiöse Versammlungen von Vereinen, die keine Corporationsrechte haben, müssen, wenn darin religiöse und öffentliche Angelegenheiten zur Erörterung oder Berathung kommen, bei der im § 12 l. c. angedrohten Strafe in Gemäßheit des § 1 der Ortspolizeibehörde vorher angezeigt werden." Art. 12 der Verfassungs-Urkunde werde dadurch nicht verletzt, jedoch bleibe zu beachten, daß Artikel 12 die Freiheit der gemeinsamen häuslichen und öffentlichen Religionsübung gewährleistet. Es sei daher im einzelnen Falle zu erwägen, „ob es sich lediglich um eine gemeinsame Religionsübung oder

um eine unter das Vereinsgesetz fallende Versammlung zur Erörterung oder Berathung öffentlicher (politischer oder kirchlicher) Angelegenheiten handelt, und darnach das polizeiliche Verfahren zu bemessen." — Gewöhnliche Leichenbegängnisse bedürfen nach § 10 des Vereins-Gesetzes einer vorgängigen Genehmigung und selbst einer Anzeige nicht." — Um ein Leichenbegängniß als ein nicht „gewöhnliches" im Sinne dieser Bestimmung betrachten zu können, kommt es wesentlich darauf an, ob bei dem betreffenden Aufzuge die Absicht zu Grunde liegt, über die Zwecke eines Leichenbegängnisses hinauszugehen und ob dadurch die gesetzliche Freiheit und Ordnung (sei es auch nur durch Störung der öffentlichen Verkehrsverhältnisse) gefährdet wird. Als eine nicht gewöhnliche Form des Leichenbegängnisses wird es insbesondere der Regel nach zu betrachten sein, wenn die Leichenbegleitung auch auf dem Rückwege vom Todtenhof zum Trauerhause mit lautem Gesang in geschlossenem Zuge verbleibt, und als Gefährdung der öffentlichen Ordnung erscheint es, wenn durch das Leichenbegängniß die Sonntagsruhe und der Gottesdienst gestört wird. Dagegen kann den Gemeindegliedern, welche sich von ihrer früheren Kirchengemeinschaft getrennt haben, nicht das Recht abgesprochen werden, die bei Beerdigungen hergebrachten Feierlichkeiten, insoweit sie dazu einer Mitwirkung der Geistlichkeit ihrer früheren Kirchengemeinschaft nicht bedürfen, anzuwenden, und die Ausübung religiöser Gebräuche bei Beerdigungen durch dieselben kann nicht an sich schon als eine zu polizeilichen Maßnahmen Veranlassung gebende Demonstration gegen die anerkannte Kirche angesehen werden."

Nach einer statistischen Uebersicht der „Hess. Bl." über die Renitenten in Kurhessen beträgt (abgesehen von dem zu den separirten Lutheranern übergetretenen Pfarrer Rohnert in Steinbach-Hallenberg) die Zahl der renitenten Gemeinden gegenwärtig 16, darunter 13 niederhessisch „reformirte", 1 oberhessisch-lutherische in Dreihausen, ohne Concordienformel, 1 schaumburg-lutherische in Rodenberg, mit Concordienformel, und eine aus „Reformirten" und schmalkaldischen Lutheranern, mit Concordienformel, gemischte in Herrenbreitungen. Der renitenten Geistlichen sind es 43; 35 derselben befinden sich noch im Lande, während 8 Kurhessen verlassen haben.

Fulda, 16. Dec. [Ernennung.] Nachrichten zufolge, die heute aus Rom dahier eingetroffen sind, würde der Papst demnächst den Verweser des Bisthums Fulda, Domcapitular Hahne, zum Bischof von Ascalon i. p. i. ernennen. Bestätigung bleibt abzuwarten.

Oesterreich.

Wien, 18. December. [Abgeordnetenhaus.] Auf die Interpellation betreffs der Ausführungsbestimmungen zu den confessionellen Gesetzen antwortete der Unterrichtsminister v. Stremayr, daß die Vorarbeiten zur Regelung des Patronatswesens wegen des zu bewältigenden massenhaften Materials nur langsam vorwärts schritten und daß aus gleichem Grunde auch die Reform der katholisch-theologischen Facultäten sich verzögere.

Rußland.

E. **St. Petersburg,** 14. December. [Die Gymnasialfrage. — Die Vorgänge an den höheren Lehranstalten.] Der „Moskauer Zeitung" gebürt das Verdienst zuerst offen den Bestrebungen entgegengetreten zu sein, welche den Augenblick gekommen wähnten, das seit drei Jahren im Schulwesen Rußlands zur Geltung gebrachte Princip der streng klassischen Gymnasien zugleich mit seinen Trägern zu Falle zu bringen, indem man dasselbe als die treibende Kraft für all die bedauerlichen Vorgänge unter der Jugend der höheren Lehranstalten zu bezeichnen sich bemühte; nicht nur die häufigen Selbstmorde von Gymnasiasten, sondern auch die Unruhen am hiesigen Technologischen Institut und an der Medicinischen Akademie wurden ihm zur Last gelegt. Und diese Agitationen wurden bereits so lebhaft betrieben, daß das Gerücht, wie ich Ihnen vor drei Wochen berichtete, wirklich schon die Stellung des Ministers der Volksaufklärung als erschüttert gelten ließ. Was ich damals kurz aussprach, führt die „Mosk. Ztg.", während bisher kein einziges Blatt im ganzen Reiche der Sache näher zu treten wagte, in einem ebenso geschickt motivirten wie klug operirenden und überzeugend gehaltenen Leitartikel aus, daß nämlich zwischen dem bezeichneten Schulsystem und den erwähnten Extravaganzen schlechterdings ein Zusammenhang nicht zu erweisen, nicht zu finden sei. Im Gegentheil, jene Ausschreitungen sprächen gerade für die seit drei Jahren in Kraft getretenen, eine gründliche Vorbildung der studirenden Jugend bezweckenden größeren Anforderungen, denn sie ereigneten sich gerade in der Sphäre derjenigen jungen Leute, für deren geistige Richtung noch unter der Herrschaft eines laxen Systems der Grund gelegt worden sei. Gerade aus der Halbheit und somit Nichtigkeit des Wissens und Urtheilens jener Zeit seien diese traurigen Erscheinungen entsprungen. Die Generation, welcher von Anbeginn ihrer Schulbildung an die Reform zu Gute gekommen sein würde, werde schon andere Menschen, werde die wirklich „neuen Leute" darstellen. Von der Regierung erwartet das Blatt, daß sie „der Agitation gegen die Schulreform durch Festigkeit und Folgerichtigkeit der auf möglichste Sicherung der Wirkung des eingeführten Systems abzielenden Maßregeln ein Ende machen werde". Und diese Erwartung hat sofort ihre Bestätigung gefunden. Dem „Golos" und anderen Zeitungen, welche der Agitation dadurch Nahrung gewährt hatten, daß sie u. A. bereits von der Einsetzung einer Commission zur Durchsicht des Statuts der klassischen Gymnasien mit feindseliger Tendenz Meldung machten, ist vom Ministerium der Volksaufklärung unter Forderung des Abdrucks eine entschiedene Widerlegung zugegangen. Dieselbe schließt mit folgenden energischen Worten: „Deshalb benutzt das Ministerium der Volksaufklärung diesen an sich geringfügigen Anlaß, um gleicherweise Lehrende wie Lernende pflichtgemäß vor allen irgend wie gearteten lügenhaften Gerüchten zu warnen, die wie das Eingangs erwähnte lediglich den Zweck verfolgen, sie in der gewissenhaften Erfüllung der ihnen obliegenden Pflichten schwankend zu machen, und bringt hiermit zur allegemeinen Kenntniß, daß keinerlei Veränderungen weder in den Normal-Unterrichts-Statuten selbst noch in den für die Ausführung und Entwickelung derselben erlassenen Verfügungen irgendwie in Aussicht genommen sind." Diese officielle Erklärung ist denn auch ein deutlicher Beweis, daß die Stellung des Grafen Tolstoj unerschütterlich ist. Selbstverständlich bewegen diese Vorgänge, deren politische Bedeutung unverkennbar ist, die Gesellschaft auf das Lebhafteste. Auch die Presse hat angefangen, nachdem die „Mosk. Ztg." den Muth gehabt hat, das Eis zu brechen und nachdem ein sicheres Terrain nun gefunden ist, selbstständige Fahrversuche zu machen; man giebt wenigstens den Artikel der Moskauer Collegin im Wortlaut wieder und nennt ihn muthig „ein rechtes Wort zur rechten Zeit". Im Mittelpunkte der russischen Reform-Aera aber haben dieser Versuch und ähnliche sich an die „Rockschöße" der Gegenströmung hängende Symptome eine tiefe Mißstimmung hervorgerufen und die in gewissen Kreisen seit anderthalb Wochen herrschenden Athmungsbeschwerden wollen immer noch nicht nachlassen. Es dürfte sich auch hier bald bestätigen, daß in böser Absicht abgedrückte Pfeile nicht selten auf den Schützen zurückfliegen; die zum Besten des Reiches entschiedene Gymnasialfrage kann noch ihre Schatten werfen.

Provinzial-Zeitung.

H. **Breslau,** 18. Decbr. [Bezirksverein des nordwestlichen Theiles der inneren Stadt.] In demselben hielt gestern Abend Herr Kaufmann Alb. Sindermann einen Vortrag über seine Erfindung, „die Vergasung der Fäcalstoffe". Wir entnehmen dem Vortrage, über den anderweitig bereits mehrfach berichtet worden ist, nur dasjenige, was Herr Sindermann als neu heut bezüglich der chemischen Analysen der von ihm gewonnenen Nebenproducte und deren Verwerthung mittheilte. Diese Analysen sind durch Herrn Dr. Meusel ausgeführt worden und berichtet dieser in drei verschiedenen Gutachten Folgendes:

1) Die mir diesmal zur Untersuchung übergebene Kohle differirt wesentlich von einer früheren, insofern sie stärker gebrannt und der Stickstoffgehalt dadurch bedeutend niedriger ist. Die Kohle resultirte von einer Destillation, bei der der größte Theil des Stickstoffs als Ammoniak erhalten wurde. Die Analyse ergab: Kohle mit organischer Sustanz = 46,30 pCt. (0,65 pCt. davon sind Stickstoff mit Zucker und Natronsalz bestimmt), Sand = 18,56 pCt., phosphorsaurer Kalk = 20,68 pCt. in Wasser lösliche Substanz 8,10 pCt. (davon Chlor 3,37, das an Kali gebunden ist. Die 8,10 pCt. lösliche Substanz sind daher fast ausschließlich Chlorkalium), gebundene Schwefelsäure 0,72. Der Werth dieser Asche beträgt daher etwas über 1 Thlr.

2) Die mir übergebene Flüssigkeit verdampft ohne Hinterlassung eines festen Rückstandes nach dem Glühen. Es können mithin nur flüchtige oder kohlenstoffhaltige Körper gelöst sein. Die stark alkalische Reaction der Lösung deutete daher zunächst Ammoniak an. Es wurde dasselbe auch qualitativ nachgewiesen und dann quantitativ bestimmt. Mit Natron ließ sich bei 2 Versuchen austreiben 3,75 pCt. Ammoniak und 4,02 pCt. Ammoniak. Bei der weitern Untersuchung stellte sich heraus, daß dieses Ammoniak ausschließlich fast an Kohlensäure gebunden ist, nur sehr wenig an vorläufig nicht bestimmbare organische Säuren. Es liegt mithin eine Lösung von kohlensaurem Ammon. vor, deren Werth nach wenig kostspieliger Verarbeitung auf Salmiakgeist oder Ammonsulfat pro Ctr. 1 Thlr. beträgt.

3) Nach der dritten, für unseren Raum zu umfangreichen Analyse besteht der gewonnene Theer aus Petroleum, Photogen- und Solaröl-Kohlenwasserstoffen, Ammoniakwasser und Paraffinölen. Die Verwerthung des Theers würde also genau so wie die des Braunkohlen-Theers sein. Die leichteren Kohlenwasserstoffe dienen als Photogene, die Rohparaffine entweder als vorzügliches Schmieröl oder als Material zur Gasbereitung nach Hirzel, oder endlich zur Darstellung von Paraffinkerzen.

An die Mittheilung dieser Analysen knüpfte Herr Sindermann noch eine Berechnung, durch welche er nachzuweisen suchte, daß bei einer Annahme von täglich 200,000 Pfd. Fäces sich die jährlichen Einnahmen durch die Gasbereitung auf 456,250 Thlr. belaufen, die sich bei Zusatz von Eisenfeilspänen auf 748,250 Thlr. erhöhen lassen, ein Resultat, daß wohl den Wunsch rechtfertige, daß ein Versuch in größerem Maßstabe gemacht werden möge. Durch Herrn Sanitätsrath Dr. Eger interpellirt, äußerte sich der Vortragende demnächst dahin, daß er es für möglich halte, die erforderliche große Menge von Fäces durch Abfuhr an eine bestimmte Stelle zu schaffen und die Fabrication ohne einen die Umgegend belästigenden Geruch auszuführen. Herr Geh.-Rath Prof. Dr. Löwig erinnerte daran, daß bereits vor 10 Jahren in Paris der Vorschlag, aus Fäcalien ein Leuchtgas zu bereiten, gemacht worden sei und sich dort eine Gesellschaft zur Realisirung des Planes gebildet habe. Was aus dem Projecte seitdem geworden, sei ihm unbekannt. Herr Professor Löwig hält dem Sindermann'schen Verfahren gegenüber es für zweckmäßig, die Fäces von dem Urin zu trennen und sie in vollkommen trockenem Zustande zu verarbeiten. Nach ihm vorliegenden Analysen der menschlichen Excremente erachtet er es einigermaßen für zweifelhaft, daß die von Herrn Sindermann mitgetheilten Quantitäten an Gas gewonnen werden können. Im Uebrigen sei aber die Sache sicher aller Beachtung werth und der Vortragende verdiene alle Anerkennung für die Mühe, mit der er bereits so schöne Resultate erreicht. Zunächst werde es allerdings noch auf einen in größerem Maßstabe auszuführenden Versuch ankommen. Herr Sindermann erwidert demnächst auf eine bezügliche Anfrage des Herrn Professor noch, daß ein solcher Versuch in einer unserer Gasanstalten gemacht werden könne, so wie er überhaupt die Benutzung der alten Anstalten für das neue Verfahren für möglich halte. — Nachdem dem Vorsitzenden der Dank der Versammlung ausgesprochen worden war, folgten noch einige Mittheilungen des Herrn Dr. Eger über communale Angelegenheiten und eine kurze Discussion über die Brotfrage.

H **Breslau,** 18. Decbr. [Bezirksverein der Ohlauer Vorstadt.] In der am 17. d. stattgefundenen, von mehr als 100 Mitgliedern besuchten Versammlung des Bezirksvereins der Ohlauer Vorstadt fand zunächst die definitive Constituirung des Vereins statt. Mechanikus Thomas eröffnete im Namen des provisorischen Comite's die Versammlung, für welche Kfm. Stadtv. Storch zum Tagespräsidenten gewählt wurde. Bei der Berathung der Statuten rief besonders die Frage, ob man politische Fragen in das Gebiet der Vereinserörterungen ziehen solle oder nicht? eine längere Discussion hervor, bei welcher sich die Mehrzahl der Redner, so auch der Tagespräsident Prof. Maaß und Dr. Elsner, gegen die Hineinziehung politischer Fragen aussprachen. Nach § 1 des Statuts, wie dasselbe zur Annahme gelangte, umfaßt der Vereinsbezirk einschließlich des Weidendammes alle einzeln stehenden Häuser, Straßen und Plätze, welche umgrenzt werden im Norden durch das linke Ufer der Ohle vom Wolfswinkel bis zum Stadtgraben, im Westen durch das linke Stadtgraben-Ufer vom oberen Bär bis zur Bahnhofsstraße und durch die östliche Häuserreihe der Bahnhofsstraße bis zu deren Ausgang am Oberschlesischen Bahnhof, im Süden durch die Schienenstränge des Oberschlesischen Bahnhofes resp. des Rangirbahnhofs bis an den Ausgang des Stadtbezirks bei Rothkretscham. § 2 setzt als den Hauptzweck des Vereins die Besprechung von Communal- und Bezirksangelegenheiten fest und schließt politische Tagesfragen aus. Ueber gesellige Unterhaltungen und über die Betheiligung von Familienmitgliedern an denselben beschließt der Verein auf Vorschlag des Vorstandes rc. Nachdem die Statuten durchberathen und angenommen worden, wurde zur Wahl des definitiven Vorstandes für 1875 geschritten. Das Wahlresultat soll in der nächsten Vereinssitzung bekannt gemacht werden. Es wurden in den Vorstand gewählt die Herren: Kaufmann und Stadtverordneter Storch, Oberlehrer Dr. Fiedler, Stadtverordneter Dr. Asch, Kaufmann Karkowsky, Fabrikbesitzer Ernst Hofmann, Fabrikbesitzer Glier, Standesbeamter Hofferichter, Dr. med. Schmeidler, Kaufmann und Stadtverordneter R. Sturm, Mechanikus Thomas und Zimmermeister Gliwitzki. — Vom Hausbesitzer Herrmann war ein Antrag eingegangen, welcher dem Verein empfiehlt, den in der Versammlung des Bezirksvereins der Oder- und Sandvorstadt am 8. d. M. beschlossenen Petitionen beizutreten. Das Polizeipräsidium soll ersucht werden, im Einverständniß mit dem Magistrat Polizeiverordnungen dahin zu erlassen, daß der Verkauf von Gemüse (Kartoffeln, Schoten, grünen Bohnen u. s. w. auch in Detail nicht nach dem Hohlmaß, sondern nach dem Gewicht stattfinde; daß die Bäcker, ohne in der bisherigen Verkaufsart, d. h. Brote in beliebigen Größen und Formen zu backen, beschränkt zu werden, zur Ermächtigung einer Controle verpflichtet sein solleu, in ihren Verkaufsläden eine den Preis des Pfundes Brot normirende Declaration anzubringen, und daß drittens die Fleischer verpflichtet sein, das Fleisch ohne Knochen außer den in dem Stück selbst befindlichen zu verkaufen. Nach einer ausführlichen Besprechung dieser Punkte durch Herrn Dr. Asch wurde beschlossen, die Petitionen an eine Commission zu verweisen. In dieselbe wurden gewählt die Herren Tätzel (Fleischermeister), Hornig (Bäckermeister), Karkowski, Klingner, Kutzner und Wohlauer. In der nächsten Versammlung des Bezirksvereins soll die Lebensmittelfrage wieder auf die Tagesordnung gesetzt werden.

♉ **Breslau,** 18. Decbr. [Gabelsberger Stenographen-Verein.] Behufs Erledigung mehrerer Vereinsangelegenheiten wurde am 17. d. M. eine außerordentliche Generalversammlung abgehalten. An Stelle des Herrn Römhild, welcher sein Amt als erster Schriftführer des Vereins niedergelegt, wurde Herr Kaufmann Wenzel gewählt. Sodann wurde beschlossen, bei Gelegenheit der Einführung der Markrechnung den bisherigen Jahres-Beitrag auf 4 Mark zu erhöhen. — Der Verein beschloß, den Geburtstag Gabelsberger's am 9. Februar gemeinschaftlich zu feiern und wählte zu diesem Zwecke eine Vergnügungs-Commission. Endlich wurden 44 aus einem durch Herrn Rector Heidler ertheilten Unterrichts-Cursus hervorgegangene neue Mitglieder aufgenommen und der Beginn des neuen Lehrcursus in der Gabelsberger'schen Stenographie auf den 4. Januar 1875 angemeldet.

□ **Breslau,** 18. Decbr. [Handwerkerverein.] Wer gestern Abend trotz des Schneegestöbers den Schlußvortrag für dieses Jahr besuchen wollte, hatte sich einen vergeblichen Weg gemacht. Der Vortragende, Herr Professor Dr. Körber, war zwar erschienen, die Zuhörer aber in so geringer Zahl, daß der Vortrag ausgesetzt wurde. Nun wird der Verein bis zum Donnerstag den 7. Januar auf einen Vortrag warten müssen, da am nächsten Donnerstag der Weihnachtsabend und am zweiten Donnerstag der Neujahrsabend fällt. — Der Humboldtverein hat seine Sonntagsvorträge im Musiksaale am verflossenen Sonntag auch vorläufig geschlossen, um sie am 3. Januar fortzusetzen.

—d. [Rectorats-Examen.] Dem am vergangenen Mittwoch unter dem Vorsitz des Geh. Reg.-Raths und Provinzial-Schulraths Dr. Dillenburger abgehaltenen Rectorats-Examen hatten sich 2 Candidaten unterzogen, von denen einer, Lehrer Streiber von hier, zur Uebernahme eines Rectorats an Mittelschulen für reif erklärt wurde.

—d. [Mittelschullehrer-Examen.] Am vergangenen Donnerstag fand unter dem Vorsitz des Geh. Reg.-Raths und Provinzial-Schulraths Dr. Dillenburger das Exameu für Lehrer an Mittelschulen statt. Von den 4 Candidaten, welche sich dieser Prüfung unterzogen, haben dieselbe bestanden die Herren: Hefftner (mit der Facultas in Französisch und Geschichte), Mücke (mit der Facultas in Englisch und Französisch) und Schneider (mit der Facultas in Mathematik und Naturwissenschaften).

Brieg, 18. Decbr. Die unter verschiedenen Zeichen an die Zeitungen ergehenden Berichte von hier über kirchliche Angelegenheiten beruhen meist auf ungenügender Kenntniß der Verhältnisse. Die Darstellung in Nr. 591 über die gegenwärtig schwebende Predigerwahl ist von mehrfachen Unrichtigkeiten durchzogen. Von Belang ist die Bezeichnung des neuen Geistlichen als „Prediger an der Begräbnißkirche" und als „Subdiakonus an der Nikolaikirche", worin eine Schädigung des Ansehens dieser Stellung liegt. Nach der gegenwärtigen Ordnung ist der vierte Geistliche als dritter Diakonus der Gemeinde in Beschäftigung und Rang seinen Amtsgenossen gleichgestellt.

Lorenz, Pastor.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Berlin, 18. Decbr., Nachts. Reichstag. Abendsitzung. Am Bundesrathstisch ist Bismarck. Das provisorische Banknotengesetz wird in dritter Lesung genehmigt, und die zweite Berathung des elsaß-lothringischen Etats hierauf fortgesetzt. Bei der Position für das Elementar-Schulwesen kritisirt Fürst Radziwill unter lebhafter Anerkennung das französische Schulwesen, und verlangt für die Reichslande eine selbstständige Schulbehörde, die unabhängig von politischen Einflüssen nur die Schulinteressen im Auge habe. Duncker hält zwar eine aus fachkundigen Männern bestehende Schulbehörde in den Reichslanden für wünschenswerth; unter fachkundigen Männern verstehe aber Niemand die Geistlichen. In den Reichslanden sei vieles besser geworden, seitdem das System Mühler aufgegeben worden. (Bravo.) Gerade von der Fortschrittspartei werde das, und daß die Regierung in dieser Hinsicht große Fortschritte gemacht, gern anerkannt. Er zweifle nicht, daß die Regierung die Errichtung einer besonderen Unterrichtsbehörde, die wünschenswerth sei, fördere. Hierauf wird die Position für Schulwesen, ebenso die etatisirte Theatersubvention unverkürzt, letztere in Namensabstimmung mit 156 gegen 88 Stimmen genehmigt. Zur Position für den Landesausschuß hatte Windthorst beantragt, den Reichskanzler zur Vorlegung eines Gesetz-Entwurfes aufzufordern, durch welchen für Elsaß-Lothringen eine Landes-Vertretung hergestellt werde, deren Zustimmung zu jedem Landes-Gesetze und bei Feststellung des Landeshaushalts erforderlich ist. Windthorst motivirt den Antrag; Lasker gegen den Antrag, so lange die elsaß-lothringischen Reichstagsmitglieder verschmähen, ihren eigenen Etat in der Commission mitzuberathen. Der jetzige Landesausschuß sei ein practischer Anfang für spätere Formationen. Das Centrum mache das Reichsland zur Domaine für Agitationszwecke. Diesen Zweck verfolge auch der Windthorst'sche Antrag. Der Landesausschuß werde sich entfalten und zu günstigen Resultaten führen. Duncker ist gleichfalls gegen den Antrag. Nach nochmaliger Erwiderung Windthorst's wird sein Antrag abgelehnt, die Positionen für den Landes-Ausschuß und dann der ganze Etat wird in zweiter Lesung genehmigt. Es folgt die zweite Lesung des elsaß-lothringischen Anleihegesetzes. § 1 und damit das ganze Gesetz wird abgelehnt. Hierauf wird das elsaß-lothringische Etatsgesetz ohne Dabatte genehmigt und damit auch die Bewilligung der Schatzscheinausgabe ausgesprochen, womit der Reichscommissar Herzog sich einverstanden erklärte. Die nächste Sitzung ist morgen.

Berlin, 19. December. Morgens. Die „National-Zeitung" bestätigt, daß nach dem Resultat der gestrigen Berathungen des Staats-Ministeriums und des beim Kaiser stattgehabten Conseils die Krisis beseitigt sei, und Bismarck an der Spitze der Geschäfte bleibt. Sie fügt hinzu, der Rücktritt des Justizministers werde ebenfalls nicht stattfinden.

Versailles, 18. Decbr., Abends. Nationalversammlung. Der Minister des Auswärtigen zeigt an, er werde die am 22. Novbr. in Alexandrien abgeschlossene Convention über die Justizreform Egyptens in der nächsten Woche zur Ratification vorlegen. Hierauf fand längere Berathung über das Verwaltungssystem für Algier statt. Mehrere Abgeordnete sprachen für das System der Colonialverwaltung. Cremieux will die Wiederherstellung der Civilverwaltung. Der Minister des Innern beantragt die Einsetzung einer Enquete-Commission.

Paris, 18. Decbr., Abends. In der Untersuchung gegen das Comite des „Appell au peuple" ist ein Einstellungsbeschluß erfolgt. Das linke Centrum beschloß, das Gesetz wegen Einrichtung des Senats zu bekämpfen, sobald nicht gleichzeitig auch die übrigen constitutionellen Gesetze vorgelegt werden.

London, 18. December. Die heutigen „Daily News" schreiben aus Veranlassung der gestrigen Meldung, daß Fürst Bismarck seine Entlassung zu nehmen beabsichtige: Die durch die Verhaftung von Majunke hervorgerufenen heftigen Angriffe der ultramontanen Presse gegen den Reichskanzler könnten nur die Wirkung haben, denselben fortwährend der Sympathie aller Freunde der deutschen Einheit und der deutschen Nationalität nur noch dringender zu empfehlen. Kein Mann sei allerdings seinem Vaterlande durchaus unentbehrlich, soweit aber ein Mann seinem Vaterlande nothwendig sein könne, sei dies mit dem Fürsten Bismarck sicherlich der Fall.

New-York, 18. December. Der Dampfer „Frisia" der Hamburg-Amerikanischen Gesellschaft ist gestern Morgen 8 Uhr hier eingetroffen.

Triest, 18. December. Der Lloyddampfer „Urano" ist mit der ostindisch-chinesischen Ueberlandpost heute Nachmittag 1 Uhr aus Alexandrien hier eingetroffen.

New-York, 18. Decbr. Nach aus Havanna hier eingelangten Nachrichten haben die auf Kuba bezüglichen Stellen der Botschaft des Präsidenten Grant dort keine besondere Beunruhigung erregt. Von den Blättern wird eine Intervention der nordamerikanischen Union für nicht wahrscheinlich gehalten, desungeachtet aber eine fortgesetzte Wachsamkeit der Regierung für nothwendig erachtet.

(L. Hirsch telegraphisches Bureau.)

Paris, 18. December. Von authentischer Seite wird behauptet eine Fusion der spanischen Bourbonen sei nahe gerückt. Morgen wird das Großjährigkeits-Manifest Alphons erwartet.

Ausweise.

[Warschau-Wiener Eisenbahn.] Einnahme pro November 1874.

	Personen:	Frachten:	Geld-Einnahmen. Zusammen:	
	Anzahl.	Pud.	Rs.	K.
Im Monat Novbr. 1874 . . .	107,326	5,583,454	341,087	15
" " " 1873 . . .	106,511	6,292,960	357,131	88½
Mithin im Jahre 1874 minus . .	+ 815	— 709,506	— 16,044	73½
Vom. 1. Jan. bis 30. Novbr. 1874	1,290,553	69,445,600	4,063,676	53
" do. " do. 1873	1,185,438	66,622,675	3,790,665	73½
Mithin im Jahre 1874 plus . .	105,115	2,822,925	273,010	79½

[Warschau-Bromberger Eisenbahn.] Einnahme pro. Novbr. 1874.

	Personen:	Frachten:	Geld-Einnahmen. Zusammen:	
	Anzahl.	Pud.	Rs.	K.
Im Monat Novbr. 1874 . . .	26,876	1,819,539	87,801	32
" " " 1873 . . .	29,502	1,738,273	76,802	44
Mithin im Jahre 1874 mehr . .	— 2,626	+ 81,266	+ 10,998	88
Vom 1. Jan. bis 30. Novbr. 1874	350,562	17,519,140	907,677	93
" do. " do. 1873	321,486	15,435,079	876,343	88½
Mithin im Jahre 1874 mehr . .	29,076	2,084,061	+ 31,334	04½

Berliner Börse vom 18. December 1874.

Wechsel-Course.

Amsterdam 250 Fl.	8 T.	3 1/2	144 3/8 B
do. do.	2 M.	3 1/2	143 5/8 G
Augsburg 100 Fl.	2 M.	4 1/2	56.20 G
Frankf. a. M. 100 Fl.	2 M.	5	— —
Leipzig 100 Thlr.	8 T.	6	99 3/4 G
London 1 Lst.	3 M.	6	6.22 13/16 bz
Paris 300 Frcs.	8 T.	4	81 1/2 bz
Petersburg 100 SR.	3 M.	5 1/2	93 1/4 bz
Warschau 90 SR.	8 T.	5 1/2	94 5/16 bz
Wien 150 Fl.	8 T.	4 1/2	91 5/16 bz
do. do.	2 M.	4 1/2	90 11/16 bz

Fonds- und Geld-Course.

Freiw. Staats-Anleihe	4 1/2	— —
Staats-Anl. 4 1/2 %ige	4 1/2	— —
do. consolid.	4 1/2	105 3/8 bz
do. 4%ige.	4	99 3/4 bz
Staats-Schuldscheine	3 1/2	90 3/4 bzG
Präm.-Anleihe v. 1855	3 1/2	128 3/4 G
Berliner Stadt-Oblig.	4 1/2	102 1/4 bz
Pfandbr. Berliner	4 1/2	100 3/4 bzB
Pfandbr. Pommersche	3 1/2	87 1/4 etbz
Pfandbr. Posensche	4	93 3/8 bz
Pfandbr. Schlesische	3 1/2	— —
Rentenbriefe. Kur- u. Neumärk.	4	98 bz
Rentenbriefe. Pommersche	4	97 1/4 G
Rentenbriefe. Posensche	4	97 1/4 G
Rentenbriefe. Preussische	4	97 3/4 bzG
Rentenbriefe. Westfäl. u. Rhein.	4	99 bz
Rentenbriefe. Sächsische	4	98 1/4 bzG
Rentenbriefe. Schlesische	4	97 1/4 bz
Badische Präm.-Anl.		117 1/4 B
Baierische 4% Anleihe		118 1/4 B
Cöln-Mind. Prämiensch.	3 1/2	103 1/4 bzG

Kurh. 40 Thlr.-Loose 74 3/4 bzG
Badische 35 Fl.-Loose 40 5/8 G
Braunschw. Präm.-Anleihe 24 B
Oldenburger Loose 41 1/2 B

Louisd. — — d. —	Fremd. Bkn. 99 5/6 G
Ducaten 3.6 3/8 bz	Oest. Bkn. 91 11/16 bz
Sover. 6.24 1/2 bz	do. Silbrgld. 97 G
Napoleons 5.13 G	do. 1/4-Guld. 96 1/2 G
Imperials 5.18 bz	Russ. Bkn. 94 1/2 bz
Dollars 1.11 7/8 bz	

Hypotheken-Certificate.

Krupp'sche Partial-Obl.	5	100 bzG
Unkb. Pfb. d. Pr. Hyp.-B.	4 1/2	100 1/2 bz
Deutsche Hyp.-Bk.-Pfb.	4 1/2	95 3/4 G
Kündbr. Cent.-Bod.-Cr.	4 1/2	100 1/8 bz
Unkünd. do. (1872)	5	102 5/8 bz
do. rückbz. à 110	5	107 bz
do. do. do.	4 1/2	99 3/8 bz
Unk. H. d. Pr. Bd. Crd.-B.	5	102 1/2 bzG
do. III. Em. do.	5	101 bzG
Kündb. Hyp.-Schuld. do.	5	99 1/2 G
Hyp. Anth. Nord-G.-C.-B.	5	101 1/2 bz
Pomm. Hypoth.-Briefe	5	102 3/4 G
Goth. Präm.-Pf. I. Em.	5	106 5/8 bz
do. do. II. Em.	5	104 5/8 bz
do. 5% Pf. rkzlbr. m. 110	5	101 3/8 bz
do. 4 1/2 do. do. m. 110	4 1/2	93 B
Meininger Präm.-Pfd.	4	99 7/8 bz
Oest. Silberpfandbr.	5 1/2	66 G
do. Hyp. Crd. Pfndbr.	5	66 1/2 bz
Pfdb. d. Oest. Bd.-Cr.-Ge.	5	87 3/4 G
Schles. Bodencr. Pfndbr.	5	100 1/4 G
do. do.	4 1/2	94 3/4 G
Südd. Bod.-Cred.-Pfdb.	5	102 3/4 G
Wiener Silberpfandbr.	5 1/2	67 G

Ausländische Fonds.

Oest. Silberrente	4 1/5	68 1/4 bzB
do. Papierrente	4 1/5	63 7/8 bz
do. 54er Präm.-Anl.	4	109 7/8 bz
do. Lott.-Anl. v. 60	5	109 3/4 bz
do. Credit-Loose	—	116 5/8 bz
do. 64er Loose	—	96 bzG
Russ. Präm.-Anl. v. 64	5	163 1/2 bzG
do. do. 1866	5	160 bzG
do. Bod.-Cred.-Pfdb.	5	89 5/16 bz
Russ.-Pol. Schatz-Obl.	4	87 etbzB
Poln. Pfandbr. III. Em.	4	82 1/2 G
Poln. Liquid.-Pfandbr.	4	68 3/4 eb [97 7/8 B
Amerik. 6% Anl. p. 1882	6	97 7/8 B Dz. [N
do. do. p. 1885	6	102 bzG
do. 5% Anleihe	5	99 1/8 B
Französische Rente	5	99 3/4 G
Ital. neue 5% Anleihe	5	67 1/8 G
Ital. Tabak-Oblig.	6	99 bzG
Raab-Grazer 100 Thlr. L.	4	82 1/4 bz
Rumänische Anleihe	8	104 G
Türkische Anleihe	5	43 1/2 bz
Ung. 5% St.-Eisenb.-Anl.	5	75 bzB

Schwedische 10 Thlr.-Loose — —
Finnische 10 Thlr.-Loose — —
Türken Loose 122 bzG

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

Berg-Märk. Serie II.	4 1/2	— —
do. III. v. St. 3 1/4 g.	3 1/2	85 1/2 bzB
do. do. VI.	4 1/2	99 1/2 B
do. Hess. Nordbahn	5	102 1/8 bzG
Berlin-Görlitz	5	103 G
do.	4 1/2	98 1/4 B
Breslau-Freib. Litt. D.	4 1/2	98 7/8 G
do. do. G.	4 1/2	98 7/8 G
do. do. H.	4 1/2	98 7/8 G
Cöln-Minden III.	4	93 G
do. do.	4 1/2	100 1/2 B
do. IV.	4	93 1/2 G
do. V.	4	93 B
Halle-Sorau-Guben	5	98 7/8 bz
Hannover-Altenbeken	4 1/2	— —
Märkisch-Posener	5	101 1/2 bz
N.-M. Staatsb. I. Ser.	4	97 1/2 B
do. do. II. Ser.	4	95 G
do. do. Obl. I. u. II.	4	97 1/2 B
do. do. III. Ser.	4	97 G
Oberschles. A.	4	93 B
do. B.	3 1/2	85 G
do. C.	4	93 B
do. D.	4	93 B
do. E.	3 1/2	85 B
do. F.	4 1/2	100 5/8 G
do. G.	4 1/2	99 7/8 B
do. H.	4 1/2	100 3/4 bzB
do.	5	103 1/4 bzG
do. von 1873.	4	92 1/4 B
do. von 1874.	4 1/2	99 1/8 bzG
do. Brieg-Neisse	4 1/2	98 1/4 B
do. Cosel-Oderb.	4	— —
do. do.	5	103 1/4 G
do. Stargard-Posen	4	93 1/2 B
do. do. II. Em.	4 1/2	99 1/2 G
do. do. III. Em.	4 1/2	99 1/2 G
do. Ndrschl. Zwgb.	3 1/2	— —
Ostpreuss. Südbahn	5	103 1/2 G
Rechte-Oder-Ufer-B.	5	103 G
Schlesw. Eisenbahn	4 1/2	99 B
Chemnitz-Komotau	5	64 1/4 G
Dux-Bodenbach	5	82 1/2 B
do. II. Emission	5	71 3/8 G
Prag-Dux	fr.	35 B
Gal. Carl-Ludw.-Bahn	5	94 1/4 G
do. do. neue	5	92 1/4 G
Kaschau-Oderberg	5	77 1/4 bzG
Ung. Nordostbahn	5	65 3/4 bzB
Ung. Ostbahn	5	62 etbzB
Lemberg-Czernowitz	5	71 1/2 G
do. do. II.	5	79 bzG
do. do. III.	5	73 bzB
Mährische Grenzbahn	5	71 1/8 G
Mähr-Schl. Centralbahn	fr.	27 1/2 G
do. neue	fr.	35 1/2 G
Kronpr. Rudolph-Bahn	5	83 7/8 bz
Oesterr.-Französische	3	317 7/8 bz
do. do. neue	3	310 1/2 bzB
do. südl. Staatsbahn	3	248 3/4 bz
do. neue	3	248 3/4 G
do. Obligationen	5	86 11/16 bz
Warschau-Wien II.	5	99 1/4 G
do. III.	5	97 1/2 G
do. IV.	5	96 1/4 bz

Bank-Discont 6 pCt.
Lombard-Zinzfuss 7 pCt.

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Divid. pro	1872	1873	Zf.	
Aachen-Mastricht	1	1 1/4	4	28 bz
Berg.-Märkische	6	3	4	86 1/4-6 bzG
Berlin-Anhalt	17	16	4	137 7/8 bz
do. Dresden	5	5	5	56 1/2 bz
Berlin-Görlitz	3 1/2	3	4	75 bzG
Berlin-Hamburg	12	10	4	200 G
Berl. Nordbahn	5	5	4	14 5/8 bz
Berl.-Postd.-Magd.	8	4	4	90 1/8 bz
Berlin-Stettin	12 3/4	10 3/4	4	145 bzB
Böhm. Westbahn	5	5	5	88 3/4 bzG
Breslau-Freib.	7 1/2	8	4	103 1/4 bz
do. neue	5	5	5	98 7/8 bz
Cöln-Minden	9 7/20	8 1/12	4	128 bzG
do. neue	5	5	5	107 1/8 bzG
Cuxhav. Eisenb.	6	6	6	— —
Dux-Bodenbach B	5	0	4	32 1/4 b B
Gal. Carl-Ludw.-B.	7	8 2/5	4	110 1/2-3/8 bz
Halle-Sorau-Gub.	0	0	4	25 7/8 bzB
Hannover-Altenb.	5	0	4	21 bzG
Kaschau-Oderbrg.	5	5	5	60 1/8 G
Kronpr. Rudolphb.	5	5	5	66 1/2 bzG
Ludwigsh.-Bexb.	11	9	4	183 1/8 bz
Märk.-Posener	0	0	4	26 7/8 B
Magdeb.-Halberst.	8	6	4	97 1/2 bzG
Magdeb.-Leipzig	14	14	4	250 bzB
do. Lit. B.	4	4	4	93 bzG
Mainz-Ludwigsh.	11 6/10	9	4	131 1/4 bzG
Niederschl.-Märk.	4	4	4	98 3/4 bzG
Oberschl. A. C. D.	13 2/5	13 2/5	3 1/2	165 1/2 bzB
do. B.	13 2/5	13 2/5	3 1/2	155 3/4 bz G
do. neue	—	—	5	150 G
Oester.-Fr.-St.-B.	10	10	4	186-1/4 bz
Oest. Nordwestb.	5	5	5	89 3/4-90 1/4 bz
Oester. südl. St.-B.	4	3	4	77 3/8-1/2 bz
Ostpreuss. Südb.	0	0	4	38 1/2 bzG
Rechte O.-U.-Bahn	6	6 1/3	4	117 1/8 bz
Reichenberg-Pard	4 1/2	4 1/2	4 1/2	67 bzG
Rheinische	9 2/5	9	4	136 1/4-6 bzG
Rhein-Nahe-Bahn	0	0	4	18 3/4 bz
Rumän. Eisenbahn	3 3/5	5	4	33 bzG
Schweiz Westbahn	1 3/5	1 3/5	4	18 3/4 bzG
Stargard-Posener	4 1/2	4 1/2	4 1/2	101 1/8 bz
Thüringer	9	7 1/4	4	118 bz
Warschau-Wien	10	11	4	90 3/4 G

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.

Berlin-Görlitzer	5	5	5	99 bz
Berlin. Nordbahn	5	5	5	22 3/4 bz
Breslau Warschau	0	0	5	— —
Halle-Sorau-Gub.	0	0	5	47 3/8 G
Hannover-Altenb.	5	0	5	41 B
Kohlfurt-Falkenb.	5	5	5	— —
Märkisch-Posener	0	0	5	59 3/4 bzB
Magdeb.-Halberst.	3 1/2	3 1/2	3 1/2	72 1/2 B
do. Lit. C.	5	5	5	100 3/8 bz
Ostpr. Südbahn	0	0	5	76 5/8 bzG
Pomm. Centralb.	5	0	fr.	11 1/4 B
Rechte O.-U.-Bahn	6	6 1/3	4	— —
Rum. (40% Einz.)	—	8	8	84 1/8 bz
Saal-Bahn	5	5	5	41 bz

Bank-Papiere.

Anglo Deutsche Bk.	7 1/2	0	4	44 G
Allg. Deut. Hand.-G.	9 1/4	0	4	12 G
Berl. Bankverein	18	5 1/2	4	84 bzG
Berl. Kassen-Ver.	29 3/10	29	4	296 1/4 G
Berl. Handels-Ges.	12 1/2	6 1/2	4	120 bz
Berl. Prod.-Makl. B.	8 1/2	12 3/4	4	67 bz
do. Prod.-u. Hdls. B.	2,07	3 2/3	4	89 1/4 bzG
Braunschw. Bank	8 2/3	9	4	113 1/2 G
Bresl. Disc.-Bank	10	2 1/2	4	88 G
do. Hand. u.-Entrp.	9	5	4	69 1/2 B
Bresl. Maklerbank	30	0	4	75 1/4 G
Bresl. Mkl.-Ver.-B.	7	5	4	87 3/4 B
Br. Pr.-Wechsl.-B.	12	0	4	67 G
Bresl. Wechslerb.	12	0	4	77 1/8 G
Centralb. f. Ind. u. Hand.	10	4	4	76 1/2 bzG
Coburg. Cred.-Bk.	7 1/4	4	4	80 1/2 G
Danziger Priv.-Bk.	7	7 3/4	4	118 G
Darmst. Creditbk.	15	10	4	155 1/2 bzB
Darmst. Zettelbk.	7	7 3/10	4	106 3/8 etbzG
Deutsche Bank	8	4	4	89 3/4 bz
do. Hyp.-B. Berlin	6	5	4	90 1/2 G
Deutsche Unionsb.	9 1/2	1	4	80 1/4 G
Disc.-Com.-A.	27	14	4	182 bzG
Genossensch.-Bk.	10 2/3	3	4	103 3/4 bzG
do. junge	—	3	4	102 3/4 bzG
Gwb. Schuster u. C.	10	0	4	65 1/2 bz
Goth. Grundcred. B.	9 1/2	8	4	114 1/8 bz
Hamb. Vereins-B.	13 3/4	10 5/9	4	124 1/2 G
Hannov. Bank	6 3/5	7 3/5	4	108 3/8 bz
do. Disc.-Bk.	5	0	4	73 1/2 B
Hessische Bank	6 2/3	0	4	56 B
Königsb. do.	8	0	4	80 3/8 B
Lndw. B. Kwilecki	6	0	4	57 G
Leip. Cred.-Anst.	15	9 3/4	4	158 1/8 bz
Luxemburg. Bank	12	8 1/2	4	113 bzG
Magdeburger do.	5 3/4	6 3/10	4	107 G
Meininger do.	12	5	4	97 1/4 bz
Moldauer Lds.-Bk.	4	5	4	48 1/2 G
Nordd. Bank	13 5/8	10 4/5	4	148 G
Nordd. Grunder. B.	13 3/4	7 1/4	4	105 G
Oberlausitzer Bk.	8 3/10	0	4	66 1/8 bzG
Oest. Cred.-Actien	18 3/4	5 5/8	4	140-40 1/4 bz
Ostdeutsche Bank	8	4	4	77 1/4 G
Ostd. Product.-Bk.	8 1/2	0	4	11 bzB
Posner Prov.-Bank	6 1/2	7 2/3	4	109 1/4 G
Preuss. Bank-Act.	13 1/2	20	4 1/2	153 bz
Pr.-Bod.-Cr.-Act. B.	15	0	4	109 5/8 bzG
Pr. Cent.-Bod.-Cr.	9 1/2	9 1/2	4	120 3/4 bzB
Sächs. B 60 % I. S.	12	12	4	126 1/2 G
Sächs. Cred.-Bank	13	0	4	75 3/4 bzG
Schl. Bank.-Ver.	14	6	4	110 bz
Schl. Centralbank	13	8	4	63 bz
Schl. Vereinsbank	9	7	4	93 1/2 bzG
Thüringer Bank	14	8	4	101 bzG
Weimar. Bank	8	5	4	89 1/4 bz
Wiener Unionsb.	5	0	4	65 1/2 B

(In Liquidation.)

Berliner Bank	14	0	fr.	81 B
Berl. Lomb.-Bank	11 1/4	0	fr.	22 B
Berl. Makler-Bank	11	0	fr.	— —
Berl. Wechslerbk.	0	0	fr.	51 1/2 bz
Centralb. f. Genos.	14	0	fr.	88 3/4 bzG
Nrdschl. Cassenv.	15	0	fr.	3 G
Pos. Pr.-Wechsl.-B.	8	0	fr.	3/4 G
Pr. Credit-Anstalt	24	0	fr.	57 bz
Prov.-Wechsl.-Bk.	7 1/2	0	fr.	90 1/4 G
Ver.-Bk. Quistorp	19	0	fr.	29 bzG

Industrie-Papiere.

Baugess. Plessner	14	0	4	4 bz
Berl. Eisenb.-Bd A	11 1/2	6 3/4	4	123 G
D. Eisenbahnb.-G.	0	0	4	28 1/4 bz
do. Reichs-u. Co.-E.	7 3/4	8	4	90 bzG
Märk. Sch. Masch. G	2 1/4	0	4	27 1/2 bzG
Nordd. Papierfabr.	8	0	4	36 bzG
Westend, Com.-G.	17	0	fr.	20 bzB
Pr. Hyp.-Vers.-Act.	16 4/5	17 3/5	4	128 1/2 bzG
Schl. Feuervers.	17 1/2	18	4	190 B
Donnersmarkhüt.	—	6	4	50 B
Dortm. Union	12	0	4	34 1/2 bzB
Königs- u. Laurah.	29	20	4	134 5/8 bz
Lauchhammer	9	2	4	48 bz
Marienhütte	14	6	4	65 G
Minerva	0	0	fr.	— —
Moritzhütte	—	5	4	45 G
OSchl. Eisenwerk.	11	0	4	22 1/2 bzG
Redenhütte	10	2	4	26 bzB
Schl. Kohlenwerk.	9	1	4	45 bzG
Schles. Zinkh.-Act.	8	8	4	101 1/2 bzB
do. St.-Pr.-Act.	8	8	4 1/2	102 1/2 B
Tarnowitz. Bergb.	20	16	4	77 bzG
Vorwärtshütte	8	7	4	40 B
Baltischer Lloyd	0	0	4	25 1/2 G
Bresl. Bierbrauer.	—	0	4	28 G
Bresl. E.-Wagenb.	7 1/2	3 1/2	4	50 1/4 B
do. ver. Oelfabr.	10	8	4	61 B
Erdm. Spinnerei	9	7	4	53 bzG
Görlitz, Eisenb.-B.	0	0	4	47 1/2 G
Hoffm's Wag.-Fab.	6	5 1/2	4	34 1/2 G
O.Schl. Eisenb.-B.	14	5	4	65 bzG
Schles. Leinenind.	9	7 1/2	4	89 7/8 G
S. Act.-Br. (Scholtz)	9	0	fr.	27 G
do. Porzellan	7	7	4	39 1/4 bz
Schl. Tuchfabrik	0	0	4	7 1/4 B
do. Wagenb.-Anst.	9	0	4	— —
Schl. Wollw.-Fabr.	10	0	4	19 bz
Wilhelmshütte MA	11 1/2	10	4	102 1/2 G

Berlin, 18. December. Die gestrige Erregung der Börse war heute im Schwinden, wenigstens meinte die Börse keine Veranlassung mehr zu haben, wegen der Vorgänge auf politischem Gebiete in gedrückter Stimmung zu verharren. Sie nahm denn auch eine feste Physiognomie an, hatte aber nicht die Kraft, durch größere Thätigkeit die Situation auszunutzen. Auf allen Gebieten und nach jeder Richtung hin zeigte sich der Verkehr unbedeutend; die Course blieben von Reductionen wohl verschont, vermochten sich aber ebenso wenig zu heben. Die internationalen Speculationspapiere waren sehr still und hielten sich fast genau im gestrigen Coursniveau. Die Coursbewegung hatte keine bestimmte Richtung eingeschlagen und zeigte geringfügige Schwankungen. Oesterr. Creditactien gingen verhältnißmäßig am regsten um. Trotzdem bei Schluß der Börse bekannt wurde, daß dem Fürsten Bismarck im Reichstage ein Vertrauensvotum gegeben ist und sich die Stimmung hierauf sehr befestigte, so schließen die Speculations-Werthe doch nicht mit der höchsten Tagesnotiz. Oesterreichische Nebenbahnen blieben ganz unbeachtet, die localen Speculations-Effecten gewannen ebensowenig Bedeutung. In der Tendenz wichen sie insofern von einander ab, als Dortmunder Union bei ziemlich regen Umsätzen weniger fest sich erwies. Disconto-Commandit zeigte sich Anfangs sehr still und das Angebot schien vorzuwalten, so daß der Cours in rückgängige Bewegung gerieth, später belebte sich der Verkehr und gewann dabei wesentlich an Festigkeit 182, ult. 182—2 1/2—1 3/4—2 3/4, Dortmunder Union 34 1/2, ultimo 35—33 3/4—4 1/2, Laurahütte 134 5/8, ultimo 134 1/2—5 1/4—4 3/4. Auswärtige Staatsanleihen erfuhren keine wesentlichen Coursveränderungen, verhielten sich aber meist absolut geschäftslos. Oesterr. Renten gut behauptet. Italiener und Türken fanden wenig Beachtung. Russische Werthe und Amerikaner ohne Verkehr. Deutsche Staatspapiere, fest aber still. Meininger 7 Fl. und Köln-Mind. Prämien-Anth. beliebt. Prior. fest, aber ohne Leben; von preuß. Devisen Bergische VII. u. Köln-Mind. 4 1/2 % VI. Em. Ser. B. in ziemlich gutem Verkehr. Letztere notiren 99 und bleiben dazu begehrt. Von auswärtigen Prioritäten Ischl-Ebensee und Mehltheuer-Weida lebhaft und höher, Ungarische Nordostbahn zwar niedriger, aber rege. Auf dem Eisenbahnactien-Markte herrschte bei geringen Umsätzen eine feste Tendenz. Anhalter animirt, Hamburger gefragt, auch Köln-Mindener Lit. B. begehrt, Potsdamer dagegen matt. Leichte Bahnactien sehr still. Der Umsatz in Bankactien sehr gering, und nicht immer konnten sich die Course voll behaupten. Centralbank für Genossenschaften anziehend, Berliner Kassenverein zu besserem Course gefragt und ebenso Braunschweiger Bank und Mecklenburger Hypothekenbank. Industriepapiere betheiligten sich kaum am Verkehr, Pleßner sehr schwach, Westend und Flora niedriger, auch Rathen. Holz weichend, Globus belebt und steigend. Montanwerthe meist ohne Umsatz. Um 2 1/2 Uhr bei recht fester Stimmung: Credit 140 1/4, Franz. 186, Lomb. 77 5/8, Disc.-Commandit 182 3/4, Dortm. Union 34 1/2, Laura 135.

(Bank- u. H.-Z.)

Berlin, 18. December. [Productenbericht.] Der Handel mit Roggen zeichnete sich auch heute durch ausgeprägte Geschäftsstille aus; die Preise sind demnach schließlich auch wenig verändert, die Stimmung bleibt indessen fest. — Roggenmehl: December flau, entfernte Termine schwach behauptet. — Weizen hat sich etwas im Werthe gebessert. — Hafer loco und auf Termine ziemlich fest. — Rüböl ganz unbelebt und ohne Aenderung. — Spiritus wurde etwas besser bezahlt.

Weizen loco 55—70 Thlr. pro 1000 Kilogr. nach Qualität gefordert, ordin. gelber — Thlr. bez., gelber — Thlr. bez., inländischer — Thlr. bez., weißer poln. — Thlr. ab Bahn bez., pr. December 61 Thlr. bez., per December-Januar — Thlr. bez., pr. Januar-Februar — Rchmk. bez., pr. April-Mai 189—189 1/2—189 Rchmk. bez., pr. Mai-Juni 190 1/2—191—190 1/2 Rchmk. Gld, pr. Juni-Juli 193—192 Rchmk. bez. — Gekündigt — Ctnr. Kündigungspreis — Thlr. — Roggen pro 1000 Kilogr. loco 52—57 Thlr. nach Qualität gefordert, russischer 52 1/2—53 Thlr. bez., geringer russischer — Thlr. bez., inländischer 54 1/4—56 Thlr. ab Bahn bez., geringer inländischer — Thlr. bez., poln. — Thlr. bez., pr. December 53 7/8—53 5/8 Thlr. bez., pr. December-Januar — Rchmk. bez, pr. Januar-Februar 152 1/2 Rchmk. bez. pr. Frühjahr 149 1/2 Rchmk. bez., pr. Mai-Juni 148 Rchmk. bez., pr. Juni-Juli — Rchmk. bez. Gekündigt — Ctnr. Kündigungspreis — Thlr. — Gerste loco 51—64 Thlr. nach Qualität gefordert. — Hafer pr. 1000 Kilogr. loco 54—64 Thlr. nach Qualität gefordert, böhmischer — Thlr. bez., ostpreußischer 57—61 Thlr. bez., westpreußischer — Thlr. bez., neuer russischer 56—60 Thlr. bez., schlesischer — Thlr. bez., ungarischer und galizischer 55—59 Thlr. bez., pommerscher 60—62 1/2 Thlr. ab Bahn bez., mecklenburger 60—62 1/2 Thlr. ab Bahn bez., pr. December 61 Thlr. bez., pr. December-Januar — Thlr. bez., per Frühjahr 173—173 1/2 Rchmk. bez., pr. Mai-Juni 170 1/2 Rchmk. Gld., pr. Juni-Juli — Rchmk. bez. — Gekündigt — Ctnr. Kündigungspreis — Thlr. — Erbsen: Kochwaare 66—78 Thlr. bez., Futterwaare 61—64 Thlr. bez. — Weizenmehl Nr. 0 pro 100 Kilo Br. unversteuert incl. Sack 9 5/12—9 Thlr., Nr. 0 und 1 8 5/12—8 Thlr. — Roggenmehl Nr. 0: 8 1/3—8 Thlr., Nr. 0 und 1 7 7/12—7 1/2 Thlr. bez. — Roggenmehl Nr. 0 und 1: pr. December 7 Thlr. 17—16 Sgr. bez., pr. December-Januar 22,75 Rchmk. bez., pr. Januar-Februar 22,50 Rchmk. bez., pr. Februar-März 22,40 Rchmk. bez., pr. März-April — Rchmk. bez., pr. April-Mai 22,10 Rchmk. bez., pr. Mai-Juni — Rchmk. bez. Gekündigt 2500 Ctnr. Kündigungspreis 7 Thlr. 16 1/2 Sgr. — Oelsaaten: Raps — Thlr., Rübsen — Thlr. nach Qualität. — Rüböl per 100 Kilo netto loco 17 5/6 Thlr. bez., mit Faß — Thlr. bez., per December 18 5/12 Thlr., pr. Januar-Februar — Rchmk. bez., per April-Mai 57 Rchmk. bez., pr. Mai-Juni 57,5 Rchmk. bez., pr. September-October 60,5 Rchmk. bez. — Gekündigt — Ctnr. Kündigungspreis — Thlr. — Leinöl loco 20 Thlr. bez. — Petroleum per 100 Kilo. incl. Faß loco 8 1/2 Thlr. bez., pr. December 8 1/4 Thlr. bez., pr. December-Januar 8 1/6 Thlr. bez., pr. Januar-Februar 24,1—24,3 Rchmk. bez., pr. Februar-März — Rchmk. bez., pr. März-April — Rchmk. bez., pr. April-Mai — Rchmk. bez. — Gekündigt 550 Barrels. Kündigungspreis 8 Thlr. 15 Sgr.

Spiritus pr. 10,000 Liter loco „ohne Faß" 18 Thlr. 10 Sgr. bez., „mit Faß" pr. December 18 Thlr. 21—17—19 Sgr. bez., pr. December-Januar — Thlr. bez., per Januar-Februar 55,8—55,6—55,8 Rchmk. bez., pr. Februar-März — Rchmk. bez., pr. April-Mai 57,9—57,6—57,8 Rchmk. bez., pr. Mai-Juni 58,2—57,9—58,1 Rchmk. bez., pr. Juni-Juli 59,2—59—59,2 Rmk. bez., pr. Juli-August 60,2—60—60,2 Rchmk. bez., pr. August-September 61 Rchmk. bez., pr. September-October — Rchmk. bez. — Gekündigt — Liter. Kündigungspreis — Thlr. — Sgr.

⌗ **Breslau**, 19. Decbr., 9 1/2 Uhr Vorm. Am heutigen Markte war die Stimmung sehr ruhig, bei schwächerem Angebot und unveränderten Preisen.

Weizen, feine Qualitäten blieben beachtet, pr. 100 Kilogr. schlesischer weißer 5 2/3 bis 6 2/3 Thlr., gelber 5 1/4 bis 6 1/4 Thlr., feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen, in ruhiger Haltung, pr. 100 Kilogr. 5 bis 5 1/2 Thlr., feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Gerste mehr Kauflust, pr. 100 Kilogr. 5 bis 5 1/3 Thlr., weiße 5 5/12 bis 5 2/3 Thlr.

Hafer unverändert, pr. 100 Kilogr. 5 1/4—5 7/12 bis 5 11/12 Thlr.

Erbsen mehr offerirt, pr. 100 Kilogr. 6 bis 7 7/12 Thlr.

Wicken matter pr. 100 Kilogr. 5 1/3 bis 5 5/6 Thlr.

Lupinen ohne Zufuhr, pr. 100 Kilogr. gelbe 4 2/3 bis 5 1/12 Thlr., blaue 4 1/2 bis 5 Thlr.

Bohnen unverändert, pr. 100 Kilogr. 7 1/12 bis 7 1/2 Thlr.

Mais angeboten, pr. 100 Kilogr. 5 bis 5 1/4 Thlr.

Oelsaaten gut behauptet.

Schlaglein in ruhiger Haltung.

Per 100 Kilogramm netto in Thlr., Sgr., Pf.									
Schlag-Leinsaat	7	15	—	8	7	6	8	17	6
Winter-Raps	7	22	6	8	2	6	8	10	—
Winter-Rübsen	7	12	6	7	22	6	8	2	6
Sommer-Rübsen	7	12	—	7	17	6	8	—	—
Leindotter	7	7	6	7	12	6	7	22	6

Rapskuchen sehr fest, schlesische 80—82 Sgr per 50 Kilogr.

Leinkuchen unverändert, schlesische 108—110 Sgr. per 50 Kilogr.

Kleesaat unverändert, rothe ruhiger, ordinäre 14—14 1/2 Thlr., mittele 14 2/3—15 Thlr., feine 15 1/3—16 Thlr., hochfeine 16 1/2 Thlr. pr. 50 Kilogr., weiße schwach offerirt, ordinäre 15 1/2—16 1/2 Thlr., mittle 17 1/2—19 Thlr., feine 20—21 Thlr., hochfeine 22 Thlr. pr. 50 Kilogr.

Thymothee ohne Umsatz, 9—10—11 Thlr. pr. 50 Kilogr.

Mehl unverändert ruhig, pr. 100 Kilogr. unversteuert Weizen- fein 9 5/12 bis 9 1/2 Thlr., Roggen- fein 8 11/12—9 1/4 Thlr., Hausbacken 8 5/12 bis 8 7/12 Thlr., Roggen-Futtermehl 4 1/3—4 1/2 Thlr., Weizenkleie 3 5/12—3 1/2 Thlr.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

December 18. 19.	Nachm. 2 U.	Abds. 10 U.	Morg. 6 U.
Luftdruck bei 0°	330''',87	331''',85	330''',97
Luftwärme	— 0°,7	— 1°,6	— 1°,3
Dunstdruck	1''',79	1''',59	1''',51
Dunstsättigung	95 pCt.	92 pCt.	85 pCt.
Wind	W. 3	W. 2	W. 1
Wetter	trübe, Schnee.	trübe.	trübe.

Breslau, 19. Dec. [Wasserstand.] O.-P. 4 M. 18 Cm. U.-P. — M. — Cm.

Telegraphische Course und Börsennachrichten.
(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Frankfurt a. M., 18. December, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schlußcourse.] Londoner Wechsel 119 5/8. Pariser do. 95 1/8. Wiener do. 106 1/8. Franzosen* 324 1/4. Hess. Ludwigsbahn 131 1/4. Böhm. Westbahn 208 1/4. Lombarden*) 135 1/4. Galizier 256 1/2. Elisabethbahn 202 1/2. Nordwestbahn 157 3/4. Elbthalbahn — Oberhessen 71. Oregon —. Credit-Actien*) 243 5/8. Russ. Bodencredit 89 5/8. Russen 1872 98 Silberrente 68 1/8. Papierrente 63 7/8. 1860er Loose 109 1/2. 1864er Loose 167 3/4. Ungar. Schatzw. 89 1/2. Raab-Grazer 82 1/4. Amerikaner de 1882 97 7/8. Darmstädter Bankverein 387 1/4. Deutsch-österr. 86 3/4. Prov.-Disconto-Gesellschaft 79 3/4. Brüsseler Bank 106. Berliner Bankverein 82 1/2. Frankf. Bankverein 84 1/2. do. Wechslerbank 82. Nationalbank 1050. Meininger Bank 96 5/8. Hahn Effectenbank 116. Continental 89 3/4. Südd. Immobil.-Gesellschaft —. Hibernia —. 1854er Loose —. Rockford 15 1/2. Rhein-Nahe-Bahn —. Schiff'sche Bank —. Neue Russische Anleihe —. Ungarloose 96 1/4. Köln-Minden-Loose —. Englische Wechslerbank —. Meininger Loose —. Schles. Vereinsbank —. Kurhessische Loose —. Baubank —. Neue ungar. Schatzb. 88 1/8. Wien-Pottendorfer —. —. Schluß fest.

*) per medio resp. per ultimo.

Anfangs lustlos, zum Schluß fest. Banken etwas schwächer, Anlagewerthe und Bahnen behauptet.

Nach Schluß der Börse: Creditactien 244 3/8, Franzosen 324 3/4, Lombarden 135 5/8, Nordwestbahn —.

Hamburg, 18. December, Nachmittags. [Schluß-Course.] Hamb. Staats-Prämien-Anleihe 109. Silberrente 68 3/8. Oesterreich. Creditactien 209. dto. 1860er Loose 110. Nordwestbahn 335. Franzosen 696. Lombarden 290. Italienische Rente 67 1/4. Vereinsbank 125. Laurahütte 134. Commerzb. 80 5/8. dto. II. Emis. —. Norddeutsche Bank 147. Provinzial-Disconto-Bank —. Anglo-deutsche Bank 43 1/2. dto. neue 65. Dänische Landmannb. —. Dortmund. Union 33 1/2. Wiener Unionbank —. 64er Russ. Prämien-Anleihe —. 66er Russ. Prämien-Anleihe —. Amerikaner de 1882 93 1/8. Köln-M.-St.-Actien 128. Rhein. Eisenbahn-Stamm-Actien 136. Bergisch-Märkische 86. Disconto 4 1/4 pCt. — Fest.

Wechselnotirungen: London lang 20, 29 Br., 20, 23 Gd., London kurz 20, 54 Br., 20, 46 Gd., Amsterdam 171, 90 Br., 171, 10 Gd., Wien 181, 50 Br., 179, 50 Gd., Paris 80, 85 Br., 80, 45 Gd., Petersburger Wechsel 280, 00 Br., 278, 00 Gd., Frankfurt a. M. 169, 45 Br., 168, 85 Gd.

Hamburg, 18. December. [Getreidemarkt.] Weizen loco still, auf Termine fester. Roggen loco still, auf Termine ruhig. Weizen 126pfd. pr. Decbr. 1000 Kilo netto 189 Br., 187 Gd., pr. Dec.-Jan. 1000 Kilo netto 189 Br., 187 Gd., pr. Januar-Februar 1000 Kilo netto 191 Br., 189 Gd., pr. April-Mai 1000 Kilo netto 192 Br., 191 Gd. Roggen pr. December 1000 Kilo netto 165 Br., 164 Gd., pr. December-Januar 1000 Kilo netto 164 Br., 162 Gd., pr. Januar-Februar 1000 Kilo netto 162 Br., 161 Gd., pr. April-Mai 1000 Kilo netto 154 Br., 153 Gd. Hafer still, Gerste still. Rüböl still, loco und per December 56, pr. Mai pr. 200 Pfd. 57. Spiritus leblos, per December 44 1/2, per Februar-März 45, per April-Mai 45 1/2, pr. Mai-Juni pr. 100 Liter 100% 46 1/2. Kaffee geschäftslos, Umsatz 1000 Sack. Petroleum fester, Standard white loco 10, 80 Br., 10, 70 Gd., pr. Decbr. 10, 70 Gd, per Januar-März 10, 80 Gd., per August-Dec. 12, 20 Gd. — Wetter: Schneeluft.

Liverpool, 18. December, Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 12,000 Ballen. Unverändert. Tagesimport 19,000 Ballen, davon 3000 Ballen amerikanische, 9000 B. ostindische.

Liverpool, 17. December, Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 12,000 Ballen, davon für Speculation und Export 2000 Ballen. Stetig. Verschiffungen volle Preise.

Middl. Orleans 7 3/4, middl. amerikanische 7 9/16, fair Dhollerah 4 7/8, middl. fair Dhollerah 4 1/2, good middl. Dhollerah 4, middl. Dhollerah 3 5/8, fair Bengal 4, fair Broach 5, new fair Oomra 5, good fair Oomra 5 3/8, fair Madras 4 3/4, fair Pernam 7 7/8, fair Smyrna 6 1/2, fair Egyptian 8 1/2.

Manchester, 18. Decbr., Nachmittags. 12r Water Armitage 7 3/4, 12r Water Taylor 9 1/2, 20r Water Micholls 10 3/4, 30r Water Gidlow 12, 30r Water Clayton —, 40r Mule Mayoll 11 3/4, 40r Medio Wilkinson 13 5/8, 36r Warpcops Qualität Rowland 13, 40r Double Weston 13 1/2, 60r Double Weston 15 1/2, Printers 16/16 34/50 8 1/2 pfd. 117. — Ruhig, aber fest.

Petersburg, 18. December, Nachmittags 5 Uhr. [Schlußcourse.] Wechsel auf London 3 Mt. 33 17/32. do. Hamburg 3 Mt. 286. do. Amsterdam 3 Mt. 164 7/8. do. Paris 3 Mt. 350 1/8. 1864er Prämien-Anleihe (gest.) 185 1/2. 1866er Präm.-Anl. (gest.) 182 1/2. 1/2 Imperials 5, 92. Große Russische Eisenbahn 147 1/2. Internationale Bahn I. Emission —. do. II. Emission —. Russ. Bodencredit-Pfandbriefe 102 1/2.

Petersburg, 18. Decbr., Nachm. 5 Uhr. [Productenmarkt.] Talg loco 48, —, per August 47, 75. Weizen loco 10, 00, pr. Mai —, —. Roggen loco 6, 75, per Mai —, —. Hafer loco 5, 00, per Mai 4, 90. Hanf loco —, —. Leinsaat (9 Pud) loco —, per Mai 13, 00. — Wetter: 6 Grad Kälte.

Newyork, 18. Decbr., Abends 6 Uhr. (Schluß-Course.) Goldagio 11 5/8. Wechsel auf London in Gold 4, 85 1/2. Bonds de 185 0/20 117. 5% fund. Anleihe 113 1/8. Bonds de 1887 0/20 120 5/8. Erie 27. Baumwolle in Newyork 14 1/8. do. in New-Orleans 13 7/8. Raff. Petroleum in New-York 11 1/2. Raff. Petroleum in Philadelphia 11 1/4. Mehl 5, 00. Rother Frühjahrsweizen 1, 22. Kaffee Rio 18. Havanna-Zucker 8 1/8. Getreidefracht 9. Mais old mixed 96. Schmalz Marke Wilcox 14 1/8. Speck shorte clear 10 1/2.

Amsterdam, 18. Decbr., Nachmittag. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen loco geschäftslos, pr. März 276, pr. Mai 277. Roggen loco unverändert, per März 191, per Mai 186 1/2. Raps per Frühjahr 358, per Herbst 370 Fl. Rüböl loco 32 1/4, per Frühjahr 33 3/4, der Herbst 35 1/2. — Wetter: Trübe.

Amsterdam, 18. December. Bancazinn geschäftslos.

Antwerpen, 18. Decbr., Nachm. 4 Uhr 30 Min. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen behauptet. Roggen unverändert, französischer 20 1/2. Hafer ruhig. Gerste stetig. Odessa 18.

Bremen, 18. Decbr. Petroleum. (Schlußbericht). Standard white loco 11 Mk. — Ruhig.

Fortwährende Sammlung der bergpolizeilichen Vorschrifen für den Oberbergamtsbezirk Breslau. Zusammengestellt und herausgegeben von Dr. Adolf Frantz, geschäftsführendem Secretär des Oberschlesischen Berg- und Hüttenmännischen Vereins Beuthen O.-S., 1875. B. Wylezol und Comp. (R. Feist.)

Unter diesem Titel erscheint mit Schluß dieses Jahre eine vollständige Sammlung aller Gesetze, Verordnungen und Erlasse, welche bergpolizeiliches Interesse haben. Außerdem enthält die Sammlung sämmtliche Vorschriften, welche außer den Verordnungen des Königl Oberbergamts zu Breslau von jedem Bergbautreibenden in polizeilicher und strafrechtlicher Beziehung zu berücksichtigen sind. Die Sammlung ist bestrebt, dem Bergbautreibenden eine Zusammenstellung aller für ihn interessanten polizeilichen Vorschriften zu bieten, wie sie bis jetzt noch nirgends vorliegt. Auch für die Hüttenbesitzer enthält die Sammlung Alles, was ihm bei wirthschaftlicher Verbindung seines Betriebes mit dem Bergbau polizeilich interessant sein muß. Besonders machen wir aufmerksam auf das Gesetz-Material der Gewerbe-Ordnung über jugendliche Arbeiter, Dampfkessel-Anlage und Betrieb u. s. w., u. s. w.

Der Herausgeber der Sammlung Dr. Adolf Frantz, gehört bereits durch größere ähnliche Arbeiten der rechts- und staatswirthschaftlichen Literatur an in Folge günstigster Beurtheilung seitens anerkanntester Autoritäten, als: Abegg, Goltdammer, Nöllner, Roßbach u. A.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.